



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

3. Sitzung

Hannover, den 23. November 2017

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 11:

Mitteilungen der Präsidentin	41
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	41

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

Allgemeine Genehmigung in Immunitätsangelegenheiten - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 18/4	41
<i>Beschluss</i>	41

Tagesordnungspunkt 13:

Aussprache über die Regierungserklärung	41
Anja Piel (GRÜNE).....	41, 68
Johanne Modder (SPD).....	46
Dr. Stefan Birkner (FDP)	52
Dirk Toepffer (CDU).....	58
Klaus Wichmann (AfD).....	65

Tagesordnungspunkt 14:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD - Drs. 18/9.....	69
<i>Beschluss</i>	69

Nächste Sitzung.....69

Vom Präsidium:

Präsidentin	Dr. Gabriele A n d r e t t a (SPD)
Vizepräsidentin	Petra E m m e r i c h - K o p a t s c h (SPD)
Vizepräsident	Bernd B u s e m a n n (CDU)
Vizepräsident	Frank O e s t e r h e l w e g (CDU)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführer	Matthias M ö h l e (SPD)
Schriftführerin	Hanna N a b e r (SPD)
Schriftführerin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Schriftführer	Rainer F r e d e r m a n n (CDU)
Schriftführerin	Gerda H ö v e l (CDU)
Schriftführerin	Gudrun P i e p e r (CDU)
Schriftführer	Heiner S c h ö n e c k e (CDU)
Schriftführer	Belit O n a y (GRÜNE)
Schriftführer	Hillgriet E i l e r s (FDP)
Schriftführer	Christopher E m d e n (AfD)
Schriftführer	Stefan H e n z e (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris P i s t o r i u s (SPD)	
Finanzminister Reinhold H i l b e r s (CDU)	Staatssekretärin Doris N o r d m a n n , Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Dr. Carola R e i m a n n (SPD)	Staatssekretär Heiger S c h o l z , Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusminister Grant Hendrik T o n n e (SPD)	Staatssekretärin Gaby W i l l a m o w i u s , Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie- rung Dr. Bernd A l t h u s m a n n (CDU)	Staatssekretär Dr. Berend L i n d n e r , Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali- sierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz Barbara O t t e - K i n a s t (CDU)	Staatssekretär Rainer B e c k e d o r f , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz
Justizministerin Barbara H a v l i z a (CDU)	Staatssekretär Dr. Stefan v o n d e r B e c k , Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Björn T h ü m l e r (CDU)	Staatssekretärin Dr. Sabine J o h a n n s e n , Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Birgit H o n é (SPD)	Staatssekretärin Jutta K r e m e r , Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 3. Sitzung im 2. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 11:

Mitteilungen der Präsidentin

Ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Auch heute haben wir ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Ich gratuliere der Abgeordneten Dr. Dörte Liebetruth sehr herzlich! Alles Gute!

(Beifall - Dr. Dörte Liebetruth [SPD]:
Danke!)

Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 12: Allgemeine Immunitätsangelegenheiten. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll gegen 11.55 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer Herr Henze mit. Bitte, Herr Henze!

Schriftführer Stefan Henze:

Meine Damen und Herren! Es liegen keine Entschuldigungen vor. Wir sind vollzählig.

Danke.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

Allgemeine Genehmigung in Immunitätsangelegenheiten - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 18/4

In der Drucksache 18/4 empfiehlt Ihnen der Ältestenrat die Verabschiedung einer allgemeinen Genehmigung in Immunitätsangelegenheiten.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ältestenrats zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 13:

Aussprache über die Regierungserklärung

Nachdem die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gestern 40 Minuten gedauert hat, stehen den Fraktionen für die Aussprache über die Regierungserklärung folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD 40 Minuten, CDU 40 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 20 Minuten, FDP 20 Minuten und AfD 20 Minuten.

Ich rufe die Wortmeldungen in der im Ältestenrat vereinbarten Reihenfolge auf, nämlich wie folgt: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, CDU, AfD.

Wir beginnen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Fraktionsvorsitzende Anja Piel hat das Wort, und ich darf alle um Aufmerksamkeit bitten.

Anja Piel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war wirklich bemerkenswert, als Stephan Weil und Bernd Althusmann nach gerade einmal zwei Wochen Verhandlungen vor die Presse traten, um das Ergebnis ihrer Koalitionsverhandlungen vorzustellen: 138 Seiten, 14 Tage, 105 Abgeordnete. Das muss man erst einmal schaffen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zumal, wenn sich die verhandelnden Partner zuvor immer beharkt haben. Ich frage mich die ganze Zeit, wie Sie das eigentlich hinbekommen haben.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Mit Raffinesse!)

Ich habe dafür drei Erklärungen.

Erstens: Lyrik. Dass Sie, Herr Althusmann, zuweilen ganz ergriffen sind von Ihren eigenen Formulierungen - die es dann aber leider an Substanz vermissen lassen -, das haben wir in den letzten Wo-

chen und Monaten schon des Öfteren erleben dürfen.

(Wiard Siebels [SPD]: Das sind ja Vorwürfe!)

Sich selbst nach dem bloßen Verfassen eines Koalitionsvertrages „ein Höchstmaß an Verantwortung im Umgang mit dem Wählervotum“ zu attestieren - kann man machen.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

Man kann es aber auch lassen und warten, dass man mit guter Arbeit überzeugt, Herr Hillmer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Schauen wir uns doch diesen Koalitionsvertrag der GroKo einmal gemeinsam an:

Mit nicht zu überbietender Präzision benennen Sie die wichtigen Themen, ergehen sich in Problembeschreibungen, formulieren Absichten und wollen prüfen. - Das ist zu wenig, da ergehen Sie sich eher in Mittelmaß, meine Damen und Herren, und nicht so sehr in großen Visionen. Es war ja heute auch schon in der Zeitung zu lesen, dass große Visionen diese Große Koalition nicht plagen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: „Mittelmaß“ ist das Motto dieser Regierung!)

Keine Große Koalition hat in den vergangenen Jahren in Niedersachsen eine ganze Legislaturperiode durchgehalten.

(Helge Limburg [GRÜNE]: In der Tat!)

Wir sind deshalb sehr gespannt, wie es diesmal läuft.

Eines ist aber sicher: Einen Bruch des Koalitionsvertrages werden Sie sich gegenseitig nur sehr schwer vorwerfen können. Warum? - Weil es wenig präzise Formulierungen gibt, die es erlauben, einen Bruch überhaupt zu definieren. Das ist der Vorteil bei diesem Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Der zweite Grund dafür, dass es so schnell ging, ist: Es gibt Geld zu verteilen. - Nicht von uns versteckt, Herr Hilbers - das würde ich an dieser Stelle nicht behaupten wollen; das haben wir uns in den vergangenen Jahren sehr oft angehört -, sondern durch gute Einnahmen - die kommen natürlich von den Steuerzahlern - einfach da.

Das schafft Freiheit. Denn was auch immer in den einzelnen Kapiteln dieses Koalitionsvertrages versprochen wird, eines steht da immer: Wir wollen da eine Menge Geld reinstecken! 3 000 neue Polizeistellen, 1 000 neue Lehrer, 1 Milliarde Euro für den Breitbandausbau - kein Problem!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU
- Johanne Modder [SPD]: Gute Vorschläge!)

Und zum Thema Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten: Wir werden ja am Ende sehen, wer das bezahlt. Schon jetzt ist allerdings klar - und das haben wir auch immer gesagt -: Die eigentliche Herausforderung zum jetzigen Zeitpunkt ist die Qualität in den Kindertagesstätten. Und die vernachlässigen Sie zugunsten dieser teuren Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein schlechtes Signal an die hart arbeitenden Erzieherinnen und Erzieher, die sich sicherlich über verbindliche Aussagen zu einer Kraft mehr, flächendeckend im Land, oder zu gerechterer Bezahlung in den Kindertagesstätten sehr gefreut hätten,.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Was ich persönlich - erlauben Sie mir auch ein persönliches Wort in dieser Frage - besonders bitter finde, ist: Bei der Unterrichtsversorgung wird versprochen, dass jetzt alles besser wird.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ja, das ist in der Tat bemerkenswert!)

Bei den Jüngsten stellen Sie die Qualität der Versorgung an die zweite Stelle. Wann lernen Kinder eigentlich am schnellsten? Wann gelingt es am besten, vorhandene Handicaps auszuräumen, Schwierigkeiten zu beseitigen und auf die Kinder einzugehen? Wann kann man die Probleme, die später auftreten könnten, am ehesten lösen? - Dann, wenn die Kinder klein sein! Deshalb ist gerade eine gute frühkindliche Bildung für die Zukunft unserer Kinder entscheidend.

Wir halten daran fest: Wir brauchen dringend eine Novelle des Kita-Gesetzes und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der FDP)

Bei all den Ausgaben haben Sie Glück, dass das Geld gerade da ist. Wegen der guten Konjunktur, wegen der niedrigen Zinsen. Aber auch das Geld, das Sie haben, können Sie nur einmal ausgeben; ich habe das gerade im Zusammenhang mit den Kindertagesstätten erklärt.

Was ist aber eigentlich dann, wenn weniger Geld zur Verfügung steht? - Sie vertagen den Streit über Prioritätensetzungen doch nur auf morgen.

Übrigens haben Sie, Herr Weil, Ihre Zweifel ja schon ausgesprochen und formuliert: Alle Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag stehen, stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

- Frau Kollegin Modder, vielen Dank für diesen Hinweis! Ich erinnere mich gemeinsam mit Ihnen gerne daran. Ich gehe davon aus, dass Sie in den zwei Wochen, genauso wie wir damals, auch darüber gesprochen haben, was passiert, wenn das Geld nicht mehr so fließt und welche Maßnahmen dann herunterfallen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie das genauso, wie Sie das mit uns geklärt haben, auch mit der CDU geklärt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Genauso haben wir das!)

Meine Damen und Herren, Lyrik und Geld erleichtern es zweifellos, einen Koalitionsvertrag zu schreiben. Angereichert haben Sie ihn jedoch auch noch mit einem dritten Weg. Und anders als diese ersten beiden Wege ist dieser wirklich Erfolg versprechend: In vielen Bereichen machen Sie einfach so weiter wie bisher. Sehr gut! Tatsächlich tun Sie das sogar an den Stellen, wo wir es bisher nicht erwartet hätten:

Beim Moorschutz z. B. setzen Sie unsere Politik fort. Wie oft haben wir in den vergangenen Jahren von der CDU gehört, dass wir grüne Klientelwirtschaft und ideologische Klimapolitik betreiben. Offensichtlich haben Sie zwischendurch eingesehen, dass es sinnvoll ist, das Moor zu schützen. Das begrüßen wir. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder beim Wolf. Das Wolfsmanagement soll weiterentwickelt werden. Da haben wir gar nichts gegen. Rechtssicherheit soll gewahrt bleiben. Auch das ist sehr wichtig; keine Frage. Und Sie beschreiben: Wenn die Population einen „günstigen Erhaltungszustand“ erreicht hat, wird der Wolf ins Jagdrecht übernommen.

(Martin Bäumer [CDU]: So haben wir es formuliert!)

Klar, sobald der Bestand nicht mehr gefährdet ist, muss er auch nicht mehr geschützt werden. Das heißt im Wesentlichen: Es bleibt alles beim Alten.

(Heiterkeit bei der CDU - Ulf Thiele [CDU]: Das ist nicht wahr! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Natürlich hat sie recht!)

Gerade beim Wolf habe ich den Eindruck, dass die meiste Arbeit in den Arbeitsgruppen darauf verwendet wurde, Formulierungen zu finden, die kassieren, dass Sie im Grunde genommen so weitermachen, wie wir es getan haben - nämlich rechtssicher. Und das ist auch gut so! Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Sie werden sich noch wundern!)

Auch bei anderen Themen nehmen Sie unsere Politik auf und setzen sie fort - selbst wenn Sie sie bisher als den schädlichen Einfluss der Grünen gegeißelt haben: Der Tierschutzplan wird weitergeführt. Die Antibiotika sollen eingeschränkt werden. Prävention soll weiter gefördert werden. Und auch - das finde ich sehr schön - die Landeszentrale für politische Bildung soll weiter ausgebaut werden. Da war zumindest die CDU vor 12, 13 Jahren ja noch ganz anderer Meinung.

Auch beim Thema Justiz übernehmen Sie zu 95 % unsere Politik zu Opferschutz, Resozialisierung und Ausbau der Mediation. Sehr gut soweit! Freut uns, wenn wir dafür den Weg bereitet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Wir freuen uns auf Ihren Beifall!)

Leider gibt es auch substantielle Verschlechterungen in diesem Koalitionsvertrag. Wir können dabei zwei typische Muster unterscheiden. Erstens: Für ein Problem keine Lösungen anbieten. Zweitens: Für ein Problem schlechte Lösungen anbieten.

Beispielhaft für die „Keine-Lösung-Strategie“ ist der Umgang mit der schlechten Luft in den Städten. Es ist ja nun nicht so, dass das niemanden betrifft: Jede größere Stadt in Niedersachsen hat Probleme mit der Luft. Das heißt: Die Senioren, die Kinder, die Menschen, die Lungenkrankheiten haben, die sich in dieser Luft bewegen, haben damit Schwierigkeiten. Die Ursachen für das Problem sind bekannt. Lösungswege gibt es genug. Sie beschreiten davon: keinen.

„Intelligente Verkehrssteuerung“ allein wird es jedenfalls nicht richten können - es sei denn, Sie hätten im Koalitionsvertrag eine Aussage darüber getroffen, wie weit sie diese fördern wollen. Und der Öffentliche Nahverkehr auch nicht, solange Sie nicht auch sagen, mit welchen Summen Sie ihn fördern wollen.

Wir kennen diese Weigerung, sich mit dem Problem der Luftverschmutzung in den Städten auseinanderzusetzen, aus den politischen Debatten der Vergangenheit schon zur Genüge. Ich und wir Grüne finden das höchst verantwortungslos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Abgesehen davon lassen Sie dann auch die Anderen die Drecksarbeit machen. Denn wenn Sie nichts gegen die Luftverschmutzung tun, tun es die Gerichte. Dann nehmen Sie billigend in Kauf, wogegen Sie sich jetzt im Koalitionsvertrag aussprechen: Fahrverbote in den Innenstädten. Die wird es geben, und das wissen Sie! Da hilft es auch nichts, nachher auf die Deutsche Umwelthilfe als Klägerin oder auf die Gerichte zu zeigen. Sie wären jetzt gefragt gewesen, Lösungen anzubieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wirksame Maßnahmen wie die Blaue Plakette wollen Sie aber nicht. Sie stehen gegenüber den Menschen in Niedersachsen in der Verantwortung, nicht nur deren Arbeitsplätze bei VW, sondern auch deren Gesundheit zu erhalten.

Ein spannendes Thema: Herr Weil und Herr Althusmann, wie war das noch gleich mit VW? - Herr Althusmann hatte im Wahlkampf angekündigt, neben dem Ministerpräsidenten einen externen Experten in den Aufsichtsrat zu entsenden.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es! -
Christian Meyer [GRÜNE]: Wo ist der? -
Dr. Stefan Birkner [FDP]: Kein Externer und kein Experte!)

Dass man es in 14 Tagen nicht geschafft hat, diesen Experten zu finden, ist bedauerlich. Blöd ist nur, dass nun gerade derjenige den Aufsichtsratsposten übernimmt, dem Stephan Weil in einem großen TV-Duell noch bescheinigt hat, dass er die Materie nicht durchblickt. Das macht uns Sorgen!

(Beifall bei den Grünen, bei der FDP und bei der AfD -
Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ist ja nur VW! Kommt ja nicht drauf an!

- Ist ja nur VW!

(Christian Meyer [GRÜNE]: Vielleicht lernt er jetzt von Herrn Weil!)

Personalpolitisch bedenklich finde ich - bei aller Sympathie für den Kollegen - auch die Nachfolge im Umweltministerium. Noch als Wirtschaftsminister hat Herr Lies freudig in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass es nun endlich mit der A 20 und der A 39 losgehen kann. Als Umweltminister wird er diese wirtschaftlich unrentablen Projekte vermutlich loben, auch deshalb, weil sie die Menschen auf neuen Autobahnen schneller in die Naturschutzgebiete führen können. Vielleicht wird dann das die neue Begründung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dasselbe Bild beim Artenschutz! Und ich meine jetzt nicht den Schutz des bedrohten Diesels. Was wollen Sie gegen das Insekten- und Vogelsterben unternehmen? - Hier wären Maßnahmen nötig, die Landwirtschaft so zu gestalten, dass sie ihre eigenen Grundlagen erhält. Sie schweigen sich dazu aus.

Sicher ist es wichtig, Maßnahmen im Konsens umzusetzen. Verbraucherinnen und Verbraucher haben nichts davon, wenn sich andauernd politisch gestritten wird. Aber politische Ideen dafür braucht es dennoch, und Politiker müssen für ihre Maßnahmen auch nicht immer gefeiert werden. Maßnahmen müssen funktionieren - und daran fehlt es in diesem Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Agrarwende hat in den letzten viereinhalb Jahren sehr viel Zustimmung erfahren. Damit wird jetzt wohl Schluss sein.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu den schlechten Lösungen. Das ist vor allen Dingen - das ist für mich persönlich wirklich eine große Erschütterung gewesen, weil ich die letzten viereinhalb Jahre anders erlebt habe - die Rückkehr zur Law-and-Order-Politik im wahrsten Sinne.

(Johanne Modder [SPD]: Oh!)

Statt über Sicherheit reden Sie jetzt lieber über Ordnung. Wer Ordnung schafft, der sortiert, verschiebt und kehrt auch mal was unter den Teppich. Allein, es geht hier um Menschen.

(Zuruf von Frank Oesterhelweg [CDU])

- Ja, Herr Oesterhelweg. Ihre Einschätzung zu solchen Sachen kennen wir.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sie wollen Alkoholikerinnen und Alkoholiker aus den Innenstädten vertreiben. Vielleicht kann man das ja auch bewaffnet tun, Herr Oesterhelweg, wenn wir schon mit Ihnen darüber reden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh! Nein!)

Wen wollen Sie eigentlich verbannen? Meinen Sie, es wird weniger getrunken und es geht den Leuten weniger schlecht, wenn Sie sie von den großen Plätzen vertreiben? - Mir wird jedenfalls klar, wofür Sie so viele Polizisten brauchen. Weil Sie ihnen damit Aufgaben zuschustern, die da gar nicht hingehören. Denn für solche Menschen bräuchte es Sozialarbeiter, aber keine Polizisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben eine Ordnung. Das ist dieser Rechtsstaat, dessen Prinzipien für alle gelten. Wir können ja schon froh sein, dass sich die CDU nicht völlig durchgesetzt hat. Aber eine Präventivhaft von bis zu 74 Tagen - also die Inhaftierung von nicht straffälligen Menschen, um zu verhindern, dass sie straffällig werden -, das unterhöhlt den Rechtsstaat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Ich bin gespannt, was unser Gesetzgebungs- und Beratungsdienst genau dazu sagen wird. Wir Grüne - da weiß ich die FDP in vielen Punkten an unserer Seite - werden jedenfalls alles dafür tun, um zu verhindern, dass so etwas Gesetzeskraft erlangt!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Die Liste der geplanten Verschärfungen ist aber noch länger. Elektronische Fußfesseln, Meldeauflagen, Kontaktverbote und Aufenthaltsgebote, Quellen- und Telekommunikationsüberwachung, Onlinedurchsuchungen, biometrische Gesichtserkennung - Sie sparen wirklich nicht an Mitteln der Überwachung.

Wo Sie allerdings sparen und wo Sie eine Antwort schuldig bleiben, ist die Frage, wen Sie damit eigentlich bedrängen und überwachen wollen. Ich mache mir ernsthaft Sorgen; denn es gibt an dieser Stelle eine Menge zu verlieren: eine Freiheit, von der ich immer angenommen habe, dass wir sie in den letzten Jahren gemeinsam verteidigt haben

(Johanne Modder [SPD]: Das bleibt auch so!)

und dass wir es als eine gemeinsame Verpflichtung begreifen, sie zu schützen. Daraus haben Sie sich in weiten Teilen verabschiedet. Da werden wir uns in der Verantwortung bewegen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, ich kenne und ich schätze Sie als nüchternen Pragmatiker - nicht nur, aber auch. Sie sollen ja neulich bei der SPD-Bezirkskonferenz in Aurich gesagt haben, dass man halt nur mit den Bräuten tanzen kann, die auf der Hochzeit sind.

(Wiard Siebels [SPD]: Das kann ich bestätigen!)

Frauenpolitisch finde ich den Spruch ein wenig schräg; das mögen Sie mir nachsehen. Aber wenn wir ihn jetzt nicht auf mögliche Koalitionen beziehen wollen, dann kann man ihn auch noch ganz anders deuten, nämlich mit dem Blick auf die Anzahl der Frauen im Kabinett.

Auf SPD-Seite haben Sie die Schiefelage ja noch repariert und gut ausgeglichen. Aber bei der CDU sieht es ein bisschen anders aus. Da ist es auch richtig, von Gleichstellung zu reden, wie Sie es gestern taten. Aber vielleicht hätte man die zwei Wochen der Koalitionsverhandlungen auch mal nutzen können, um mit der CDU ein bisschen darüber zu reden! Das hätte geholfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der FDP)

So war Ihre erste gemeinsame Amtshandlung: Kabinett vergrößern, Frauenanteil reduzieren. So geht Gleichstellung übrigens nicht, auch rechnerisch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zum Pragmatismus, von dem ich mir auch in Berlin ein bisschen mehr wünschen würde. Angesichts dieses Koalitionsvertrages fürchte ich aber, dass mit dem Pragmatismus und der vielbeschworenen Vernunft leider viel von dem auf der Strecke bleiben wird, was die niedersächsische SPD in den letzten Jahren so besonders und so erfolgreich gemacht hat.

Die Tatsache, dass Kompromisse geschlossen werden, ist nicht zu kritisieren. Ich schließe mich den Worten unseres geschätzten Bundespräsidenten an: Die Parteien - alle Parteien - haben die Verantwortung, daran mitzuwirken, dass ein Land regiert wird.

Unsere Kritik an dieser Koalition und diesem Koalitionsvertrag ist inhaltlicher Natur. Wir halten viele der gefundenen Kompromisse nicht für gut. Vielleicht hätten SPD und CDU es besser gekonnt, wenn man sich ein bisschen mehr Zeit genommen hätte. Offene Punkte hätten wir aber auch dann gefunden. Das liegt in der Natur der Sache: Wir sind die Grünen. Wir stehen für eine Auffassung von Solidarität, Ökologie, Demokratie, Freiheit und Menschenrechten, die sich von den Auffassungen anderer Parteien unterscheidet.

Opposition ist die zweitschönste Aufgabe in einer Demokratie. Und deshalb versprechen wir Ihnen: Wir lassen Sie die nächsten Jahre nicht allein. Wir werden uns gern ausgiebig mit Ihnen über diese Themen streiten. Sie sagen, die Große Koalition ist ein Bündnis der Vernunft. Das hört sich ein bisschen langweilig an. Wir werden Ihnen dabei helfen, dass es Ihnen nicht zu langweilig wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Piel. - Nun hat das Wort für die SPD-Fraktion die Fraktionsvorsitzende Frau Hanne Modder.

(Unruhe)

- Ich darf noch einmal um etwas Ruhe bitten. - Danke.

Johanne Modder (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuallererst möchte ich unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil auch von dieser Stelle aus ganz herzlich zu seiner Wahl gratulieren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Stephan, unser Wahlerfolg am 15. Oktober war auch dein ganz persönlicher Erfolg. Du kannst dich auch in den kommenden Jahren auf die Unterstützung deiner SPD-Fraktion verlassen. Wir freuen uns weiterhin auf eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Meine Glückwünsche gehen natürlich auch an die Ministerinnen und Minister dieser neuen rot-schwarzen Landesregierung, wobei mir das „rot-schwarz“ noch nicht so ganz leicht über die Lippen kommt; aber ich bemühe mich.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das kriegt ihr schon hin!)

Dem neuen Kabinett wünschen wir viel Kraft und Erfolg zum Wohle der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich auch meinen Dank an unseren bisherigen Koalitionspartner, Bündnis 90/Die Grünen, aussprechen, auch wenn das mit der Oppositionsrolle ja schnell zu gehen scheint. Wir haben in den vergangenen viereinhalb Jahren gemeinsam eine Menge für unser Land, für Niedersachsen, bewegt und nach vorn gebracht. Darauf können und dürfen wir gemeinsam stolz sein.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und nein, liebe Kollegin Anja Piel: Wir werden nicht alles zurückholen, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Ich will mich zu guter Letzt auch bei meiner Kollegin Anja Piel ganz persönlich für das vertrauensvolle Miteinander der letzten Jahre bedanken. Unsere Fraktionen waren sich weiß Gott nicht immer in allen Punkten einig. So weit dürfen und wollen wir die Vergangenheit hier und heute nicht verklären. Aber wir konnten uns immer darauf verlassen, dass wir am Ende des Tages zu einer tragfähigen Lösung kommen. Auch auf dieses Miteinander können wir, glaube ich, gemeinsam stolz sein.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Rot-Grün hat in der abgelaufenen Legislaturperiode viel für dieses Land bewegt und geleistet. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Rot-Grün am 15. Oktober dieses Jahres nicht die Mehrheit der niedersächsischen Wählerinnen und Wähler überzeugen konnte, auch wenn das Ergebnis nur knapp war. Die SPD ist aus diesen Wahlen deutlich als stärkste Kraft hervorgegangen. Der Auftrag der Wählerinnen und Wähler war ganz eindeutig die erneute Bildung einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung mit unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil an der Spitze.

Meine Damen und Herren, diesen Wählerauftrag nehmen wir als SPD sehr ernst, und wir wissen um unsere Verantwortung. Wir haben dann sehr zügig die erforderlichen Gespräche mit den Grünen, mit der FDP und der CDU aufgenommen.

Nun komme ich zu Ihnen, meine Damen und Herren von der FDP: Sie, die Sie im Wahlkampf noch „Die neue Ernsthaftigkeit“ plakatiert haben -

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ja! Deswegen können wir mit Ihnen nicht regieren!)

man stellt sich schon die Frage, was eigentlich vorher war -,

(Beifall bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Die SPD hat „sturm-fest“ plakatiert! Was war denn vorher?)

schlugen sich dann doch sehr schnell in die Büsche. Sie haben das hier in Hannover zwar nicht so gekonnt inszeniert, wie das Ihr Bundesvorsitzender in Berlin diese Woche aufgeführt hat.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das sagen die, die gar nicht in die Große Koalition wollen und sich jetzt hineintreiben lassen! Sie sind doch die Umfaller, Frau Kollegin!)

Aber das Ergebnis ist hier und dort das Gleiche, Herr Dr. Birkner:

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Haltung ist bei Ihnen ein Fremdwort!)

keine Koalition, kein Gestaltungswillen und kein staatspolitisches Bewusstsein. - Ich würde sagen: Das ist die neue Verantwortungslosigkeit der FDP.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Wenn ich dann noch Ihr 100-Tage-Programm nehme - - -

(Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Modder! - Herr Kollege Grascha, Sie haben später noch die Möglichkeit, hier vorne zu reden.

(Christian Grascha [FDP]: Die Gelegenheit habe ich leider nicht!)

Jetzt würde ich doch um etwas mehr Ruhe bitten.

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Wenn ich dann noch Ihr 100-Tage-Programm nehme, dann ich kann ich nur feststellen: Sie ha-

ben sich aus einer ernsthaften Debatte über die Zukunft unseres Landes selbst herausgeschossen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Warum denn?)

Sie wollen nicht gestalten. Sie wollen auch keine Verantwortung übernehmen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: An welchem Punkt machen Sie das denn fest? - Christian Grascha [FDP]: Nur weil wir Ihre rot-grüne Regierung nicht verlängern wollten?)

Sie hätten die Chance dazu gehabt, Herr Dr. Birkner, und Sie haben sie leichtfertig vertan. Das ist die Wahrheit.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Verweigerungshaltung der FDP kam für uns als SPD nur noch die Einbeziehung der CDU infrage. Nach all den Auseinandersetzungen der letzten Jahre und Jahrzehnte war diese Aussicht weder für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch - ich darf das, glaube ich, sagen - für die CDU besonders attraktiv.

(Christian Grascha [FDP]: So viel SPD-Politik hättet ihr mit uns nicht umsetzen können!)

In einer Demokratie muss man jedoch in der Lage sein, Kompromisse zu schließen, so unangenehm das im Einzelfall manchmal auch scheinen mag.

Ich spreche das hier so offen an: Auch wir selber müssen uns erst einmal an Rot-Schwarz gewöhnen. Ein bisschen ist das schon gestern deutlich geworden. Es ist für uns halt noch etwas gewöhnungsbedürftig, der CDU zu applaudieren, und umgekehrt ist es für sie gewöhnungsbedürftig, der SPD zu applaudieren.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Aus guten Gründen! - Jörg Bode [FDP]: Das kann ruhig so bleiben!)

Für die niedersächsische SPD gilt jedenfalls ebenso wie, glaube ich, für die CDU: Wir sind über unseren Schatten gesprungen.

(Christian Grascha [FDP]: Sagen Sie auch noch etwas zu den Inhalten?)

Das Ergebnis kann sich ebenso wie der Weg dorthin wirklich sehen lassen. Die Vertreter von SPD und CDU haben am vergangenen Dienstag einen Koalitionsvertrag unterschrieben, der dieses Land weiter voranbringen wird. Diese Große Koalition

wird und muss die Kraft aufbringen, auch große Aufgaben und Herausforderungen anzupacken. Der Koalitionsvertrag ist dafür aus meiner Sicht eine gute und solide Arbeitsgrundlage.

Meine Damen und Herren, auch wenn zwischen der Wahl am 15. Oktober und der Unterzeichnung des Vertrages nur etwas mehr als fünf Wochen lagen, waren es bei Weitem keine leichten Verhandlungen. Ich habe es bereits gesagt: Die Auseinandersetzungen in den letzten Jahren - auch und vor allem in diesem Haus - haben dazu geführt, dass es für uns als Koalitionspartner auch echte Hürden gab.

Wir waren uns am Ende aber darüber einig: Der Landtag muss der Ort einer kontroversen Debatte sein. Gar keine Frage! Die Menschen erwarten von uns zu Recht, dass wir uns um die besten Lösungen für unser Land streiten. Unsere Landtagspräsidentin, Dr. Gabi Andretta, hat darauf in ihrer Antrittsrede vor gut einer Woche bereits hingewiesen. Was wir in diesem Hause jedoch vermeiden sollten, sind persönliche Beleidigungen, Diffamierungen oder ähnliche Verhaltensweisen, die dazu geeignet sind, die Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern zu steigern.

(Beifall bei der SPD und bei der AfD sowie Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei allen Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die mit großem Engagement und ihrer konstruktiven Arbeit zum Gelingen dieser Verhandlungen beigetragen haben.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Und den Ministerialbeamten, die Sie dafür missbraucht haben!)

Wir haben diese Verhandlungen in einer konstruktiven und respektvollen Atmosphäre geführt. Wenn wir diese nun erprobte Arbeitsweise auch in den nächsten Jahren beherzigen, dann können wir, glaube ich, gemeinsam dafür sorgen, dass es gute Jahre für unser Land werden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Ministerpräsident Stephan Weil hat in seiner Erklärung gestern bereits die großen Linien beschrieben, die unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren prägen werden. SPD und CDU werden ihre Mehrheit nutzen, um Nie-

dersachsen gemeinsam für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft fit zu machen.

Mit einer derart großen Mehrheit ist aber auch eine nicht zu unterschätzende Verantwortung verbunden. Die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und CDU werden sich besonders in Fragen der Minderheitenrechte in diesem Landtag sehr verantwortungsbewusst verhalten.

(Zurufe von Dr. Stefan Birkner [FDP] und Christian Grascha [FDP])

Einen Anfang haben wir gestern bereits gemacht, und weitere Schritte werden folgen.

(Zuruf von Dr. Stefan Birkner [FDP])

Meine Damen und Herren, diese SPD-geführte Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind aufgrund des sozialen Wirtschaftens der letzten Jahre in einer völlig anderen Ausgangslage als zu Beginn der letzten Legislaturperiode. Unserem Land geht es wirtschaftlich gut, und wir haben viele Projekte angeschoben, deren Erfolge wir erst in den nächsten Jahren sehen und feiern werden.

Wir können uns aufgrund der deutlichen Mehrheit in diesem Haus und der guten wirtschaftlichen Lage weiteren großen Aufgaben stellen. Auf einige Fragen hat unser Ministerpräsident gestern hingewiesen, z. B. die Fragen der Bildung, der Digitalisierung und der demografischen Entwicklung,

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Inhaltsleer! Was denn konkret, Frau Kollegin?)

die brennenden Fragen der sozialen und auch der inneren Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Politik zu machen heißt mehr, als Aufgabenfelder zu benennen!)

Die niedersächsische Wirtschaft entwickelt sich gut. Die Arbeitslosenquote ist so gering wie nie seit der Wiedervereinigung, und die Steuereinnahmen bewegen sich auf einem hohen Niveau. Vor diesem Hintergrund bietet sich dieser Regierungskoalition die Chance, mit der richtigen Schwerpunktsetzung dafür zu sorgen, dass dieser Erfolg nachhaltig für die Weiterentwicklung des Landes genutzt wird. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird die neue Landesregierung in diesem Sinne immer tatkräftig unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen, vor denen unser Land in den nächsten Jahren steht, sind vielfältig und beschränken sich eben nicht auf einzelne Fachressorts. Genauso verhält es sich mit dem großen Thema des digitalen Wandels, der unsere Gesellschaft, unsere Arbeits- und Wirtschaftswelt, aber auch das alltägliche Leben und nicht zuletzt die Landesverwaltung tiefgreifend verändert hat und in Zukunft noch weiter und noch drastischer verändern wird.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Dafür gibt es neue Staatssekretäre! - Gegenruf von Dr. Stefan Birkner [FDP]: Nein, bisher gibt es nur neue Schilder!)

Aus diesem Grund wird sich die Große Koalition aus SPD und CDU dem Thema der Digitalisierung in den nächsten fünf Jahren schwerpunktmäßig widmen, über alle Ressortgrenzen hinweg.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: „Prüfen“ steht da! Bis zur Mitte der Legislaturperiode wollen Sie prüfen! - Christian Grascha [FDP]: Ob diese Digitalisierung wirklich ein dauerhafter Trend ist! - Christian Meyer [GRÜNE]: Internet ist Neuland!)

Wir werden 1 Milliarde Euro an Landesmitteln für unseren Masterplan Digitalisierung mit einem Sondervermögen bereitstellen.

Herr Dr. Birkner, Sie hatten die Chance mitzumachen. Sie haben sich verweigert.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ja, weil Sie so Politik machen, weil das Ihre Politik ist! Wir können doch nicht jeden Schwachsinn mitmachen!)

Das bleibt die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Wir haben einen anderen Wählerauftrag!)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Frau Modder! - Herr Kollege Grascha, Frau Modder hat hier vorne das Wort. Es wäre schön, wenn alle ihrer Rede folgen könnten.

(Christian Grascha [FDP]: Ich mache das!)

- Ich bitte Sie, sich mit Ihren Zwischenrufen jetzt wirklich zurückzuhalten. Sie sind ja mit den Instru-

mentarien vertraut, die sonst zur Verfügung stehen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Aha! Das ist der neue Stil!)

Bitte, Frau Modder!

Johanne Modder (SPD):

Ich sage es ganz offen: Eine Große Koalition wird sich am Ende auch daran messen lassen müssen, ob wir es schaffen, Niedersachsen in Zeiten des radikalen Wandels so aufzustellen, dass dieses Land einer positiven Zukunft entgegengeht.

Im Bereich der Bildungspolitik werden wir deshalb die nötigen Maßnahmen ergreifen, damit alle Kinder die Förderung erhalten, die sie benötigen. Für die Zukunft unseres Landes ist es von zentraler Bedeutung, dass wir das Potenzial der jungen Menschen in Niedersachsen bestmöglich fördern.

Vor allem aber werden wir den Zugang zu Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern machen. Wir haben in der abgelaufenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass die Studiengebühren abgeschafft wurden. In dieser Wahlperiode machen wir einen weiteren wichtigen Schritt hin zur völligen Gebührenfreiheit im niedersächsischen Bildungssystem: Wir werden ab dem kommenden Kindergartenjahr die Elternbeiträge abschaffen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass dieser Vorschlag auch dort auf Zustimmung gestoßen ist. So schnell geht das!

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht nur ein ganz entscheidender Beitrag zur Chancengerechtigkeit in unserem Land, sondern eine echte finanzielle Entlastung für alle Familien, die diese teilweise hohen Beiträge bisher zahlen müssen.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten viele Gespräche mit den Kommunen und den Trägern der Kindertagesstätten zu führen haben. Das werden weiß Gott keine einfachen Gespräche werden. Das Land Niedersachsen wird selbstverständlich für die Kosten der Gebührenfreiheit aufkommen. Die Qualität darf aber unter dieser Gebührenfreiheit nicht leiden.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Besser werden wäre gut!)

Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass der Betreuungsschlüssel verbessert wird und ausreichend Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet werden. Nur so können wir dafür sorgen, dass jedes Kind in Niedersachsen die bestmögliche Förderung erhält - sei es in der frühkindlichen oder in der schulischen Bildung.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, um dieses Ziel zu erreichen, werden wir noch mehr Lehrerinnen und Lehrer brauchen. Deshalb werden wir in den nächsten fünf Jahren dafür sorgen, dass der Lehrerberuf für junge Menschen noch attraktiver wird. In diesem Zusammenhang sprechen wir über die Reduzierung der Arbeitsbelastung ebenso wie über eine Verbesserung der Vergütung.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Entscheiden, Frau Kollegin!)

Ein weiterer Baustein für ein besseres niedersächsisches Schulsystem ist die zwischen den Koalitionären vereinbarte Reform unserer Landesschulbehörde, die mir persönlich auch sehr wichtig ist. Wir wollen, dass diese Behörde endlich ein Dienstleister für unsere Schulen wird, der ihnen bei der Bewältigung ihrer vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben hilft.

(Beifall bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Nachdem Sie den Präsidenten in der letzten Wahlperiode verfolgt haben! Mit Peilsender!)

Meine Damen und Herren, auch beim Thema Inklusion werden wir in den nächsten fünf Jahren weiter vorangehen. Es kann mitnichten davon die Rede sein, dass es hier ein Rollback oder eine Pause geben wird. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten glauben fest daran, dass Kinder mit und ohne Handicap gemeinsam erfolgreich lernen können. Wir können aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass die schulische Inklusion eine immense Herausforderung ist, die wir Schritt für Schritt angehen müssen, wenn wir ihre Akzeptanz bei den Betroffenen selbst, aber auch bei den in diesem Bereich Tätigen nicht aufs Spiel setzen wollen.

Meine Damen und Herren, der zweite wichtige Bereich, in dem wir weitere Maßstäbe setzen wollen, ist die Innere Sicherheit. Entscheidend ist aber, Frau Piel: Es wird auch im Innenbereich keinen Paradigmenwechsel geben.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Nur Verschärfungen!)

Die SPD und unser Innenminister Boris Pistorius stehen für eine Kultur des Vertrauens in unsere Polizei, in unsere Feuerwehren und in die Sicherheitsbehörden Niedersachsens.

(Beifall bei der SPD)

Die Kolleginnen und Kollegen in den niedersächsischen Dienststellen können sich darauf verlassen, dass diese Landesregierung weiß, wie wichtig die Arbeit ist, die sie täglich - zum Teil unter Einsatz ihres Lebens - leisten. Aus diesem Grund werden wir das in der abgelaufenen Wahlperiode angelauene Programm zur Einstellung von weiteren Polizeianwärterinnen und -anwärtern noch einmal ausbauen. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir bis zum Ende der Legislaturperiode bis zu 3 000 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten im Polizeidienst schaffen wollen.

Meine Damen und Herren, wir werden dafür sorgen, dass Niedersachsen ein sicheres Bundesland ist und bleibt.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der AfD)

Aus diesem Grund werden wir im nächsten Jahr ein neues Polizeigesetz auf den Weg bringen, das den Erfordernissen der heutigen Zeit angemessen ist.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden die Kompetenzen der Polizei dort stärken, wo es geboten ist - im Bereich der Terrorbekämpfung ebenso wie im Bereich der Bekämpfung der Einbruchsdelikte.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Im Versammlungsrecht schränkt ihr die Kompetenzen erstmal ein!)

Dort, wo die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ernsthaft gefährdet ist, muss der Staat die Möglichkeit haben, effektiv einzuschreiten. Was wir ausdrücklich nicht wollen, ist ein Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern oder gar einzelnen Bevölkerungsgruppen nur Misstrauen entgegenbringt und sie einem Generalverdacht aussetzt.

Meine Damen und Herren, das Gleiche gilt übrigens auch für den Bereich der Integrations- und Flüchtlingspolitik. Niedersachsen bekennt sich unter der Großen Koalition zu einer humanitären Politik gegenüber all denen, die aus Angst vor Krieg, Tod und Vertreibung zu uns kommen. Wir

können und werden uns in den nächsten Jahren nicht von der Welt und ihren Konflikten abschotten können. Dort, wo es nötig ist, werden wir weiterhin Menschen in unserer Mitte aufnehmen und sie in unserer Gesellschaft willkommen heißen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das werden wir beobachten!)

Das ist gerade für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die wir in unserer eigenen Parteigeschichte selbst unter der Verfolgung durch die Nazis gelitten haben, eine absolute Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben lange insbesondere über die genauen Formulierungen zu diesem Kapitel des Asylrechts sehr gerungen. Die Diskussion war dabei stark von Pragmatismus geprägt, und das war auch gut so.

Ich habe vorhin bereits von Herausforderungen gesprochen. Die Integration der Tausenden von Flüchtlingen, die in den letzten Jahren - insbesondere aber im Jahr 2015 - zu uns gekommen sind, ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre, wenn nicht sogar den nächsten Jahrzehnte. Wir werden unsere Anstrengungen - sei es im Bereich der Sprachförderung, aber vor allen Dingen auch im Bereich der Integration in den Arbeitsmarkt - noch einmal deutlich verstärken müssen.

Meine Damen und Herren, wir von der SPD hätten in den Koalitionsverhandlungen etwas grundlegend falsch gemacht, wenn wir nicht das Ministerium beansprucht hätten, das zu unserer sozialdemokratischen DNA gehört - das Sozialministerium. Insbesondere im Bereich der medizinischen Versorgung und bei der Sanierung unserer Krankenhäuser haben wir in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, auf denen wir aufbauen können.

Ich bin Herrn Ministerpräsidenten Stephan Weil sehr dankbar, dass er gestern in seiner Regierungserklärung auch den Bereich der Pflege offen angesprochen hat. Wir dürfen es nicht länger zulassen, dass die zum Teil unhaltbaren Zustände in der Alten- und Krankenpflege noch länger auf dem Rücken der Beschäftigten, der Pflegekräfte, getragen werden. Hier haben wir als Gesellschaft einen hohen Handlungsbedarf.

Wir werden in den nächsten Jahren weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um die Inklusion in Niedersachsen voranzubringen - nicht nur an unseren Schulen. Das Zusammenleben von

Menschen mit und ohne Behinderung muss endlich so selbstverständlich werden, wie es sich für ein modernes Land im 21. Jahrhundert gehört. Dazu gehören nicht nur deutliche Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit, sondern z. B. auch endlich die Änderung des niedersächsischen Wahlgesetzes im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Sehr gut!)

Eine immens wichtige Aufgabe bleibt - Frau Präsidentin Dr. Andretta, und die Kollegin Piel hat es vorhin auch angesprochen -, die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen endlich herzustellen. Und ja, machen wir uns hier auch mal ein bisschen ehrlicher, und zwar alle: Wir alle haben noch tüchtig daran zu arbeiten.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das hätten Sie anders machen können!)

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung wird in den nächsten Jahren dafür sorgen, die Anforderungen von Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen. Ministerpräsident Stephan Weil hat es gestern gesagt: Niedersachsen ist das Windenergieland Nummer eins und damit führend in der Erzeugung von sauberem Strom. Mit Blick auf die Entwicklung hin zur E-Mobilität bieten sich in diesem Zukunftsmarkt unglaubliche Chancen für unser Bundesland. Wir werden in den nächsten fünf Jahren gemeinsam dafür sorgen, dass diese Chancen nicht ungenutzt verstreichen. Auch große Infrastrukturprojekte müssen schneller vorangetrieben werden, wenn auch wir weiterhin eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreiben wollen.

Meine Damen und Herren, aber auch im Bereich des Wohnungsbaus wird sich die Frage der sozialen Sicherheit stellen. Die Frage, wer sich in Zukunft noch Wohnraum in den Ballungsräumen leisten kann, spielt auch in einem Flächenland wie Niedersachsen eine wichtige Rolle. Wir werden hier in den nächsten Jahren weitere Mittel bereitstellen, um dieser Herausforderung zu begegnen und für Entlastung zu sorgen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, in den kommenden fünf Jahren ein Investitionsprogramm für unsere Kommunen im Umfang von 1 Milliarde Euro aufzulegen, damit die dringend notwendigen Investitionen im Bereich der Mobilität, der Digitalisierung, der Bildung, des Wohnungsbaus oder auch des Zu-

sammenlebens endlich möglich werden. Wir werden unsere Kommunalfreundlichkeit in der rot-schwarzen Koalition fortsetzen.

Ich begrüße es sehr, dass wir dem Bereich der Bundes- und Europapolitik und der Regionalentwicklung durch die Schaffung eines eigenen Ministeriums einen hohen Stellenwert beimessen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Begeisterung bei der SPD!)

Diese Landesregierung gibt damit ein deutliches Bekenntnis zum ländlichen Raum ab. Das ist ein gutes und wichtiges Signal.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich könnte jetzt noch viele andere Themenfelder ansprechen, die wir in der rot-schwarzen Landesregierung vorantreiben wollen,

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Bitte nicht!)

z. B. im Bereich der Umwelt- und der Landwirtschaftspolitik. Auch da wird es kein Rollback geben, keine Angst!

Auf die große Bedeutung unserer Hochschulen hat unser Ministerpräsident bereits hingewiesen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich empfehle Ihnen, sowohl der FDP als auch den Grünen, wärmstens die Lektüre des Koalitionsvertrages.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Die war langweilig! Ich bin eingeschlafen! Aber nicht ganz so langweilig wie die Rede des Ministerpräsidenten!)

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen ist im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen hier bei uns in Niedersachsen und auch im Bund immer wieder über alle möglichen Formen der Ehe geschrieben worden.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Zwangsehe!)

Ich erzähle Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass diese rot-schwarze Koalition, die jetzt ihre Arbeit aufnehmen wird, keine Liebesheirat ist. Aber ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Unsere Empfindlichkeiten interessieren die Menschen in unserem Land überhaupt nicht. Was die Menschen interessiert, ist, ob die Politik - sei es in den Kommunen, im Land oder im Bund - in der Lage ist, ihre Probleme zu lösen und die Zukunft dieses Landes positiv zu gestalten, mit echten Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Ich habe in den letzten Wochen den Eindruck gewonnen, dass diese Koalition aus SPD und CDU genau das tun wird.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Mit Stillstand wird das aber nicht gelingen!)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion als stärkste Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Arbeit der nächsten Jahre in diesem Sinne mitzugestalten. Wir werden das mit großem Engagement und - das sage ich ganz deutlich - mit einem gesunden Selbstbewusstsein tun.

Meine Damen und Herren, mit unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil an der Spitze wird die niedersächsische Sozialdemokratie dafür sorgen, dass der Erfolgsgeschichte des Landes Niedersachsen ein weiteres Kapitel hinzugefügt werden kann. „Gemeinsam für ein modernes Niedersachsen - Für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt“ - in diesem Sinne beginnen wir mit unserer Arbeit zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Modder. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Birkner das Wort. Bitte, Herr Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! SPD und CDU haben sich in Niedersachsen zu einer Großen Koalition zusammengeschlossen und Stephan Weil gestern gemeinsam wieder zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zur Wiederwahl, Herr Ministerpräsident, wünsche ich im Namen der Freien Demokraten und ich ganz persönlich Ihnen und Ihrer Regierungsmannschaft alles Gute und stets eine glückliche Hand beim Regieren.

Meine Damen und Herren, an ein Bündnis, das mit einer so großen Mehrheit regiert, knüpfen sich natürlich Hoffnungen, und zwar große Hoffnungen: die Hoffnung auf das Lösen großer Probleme des Landes, die Hoffnung, dass die drängenden, wichtigen Weichen für Niedersachsen von dieser Gro-

ßen Koalition zügig und reibungslos gestellt werden.

Und eine Große Koalition mit 105 von 137 Stimmen im Landtag ist natürlich auch ein Anker der Stabilität. Selbstverständlich ist Stabilität ein hohes Gut, gerade in Zeiten, in denen in unserer politischen Kultur vielfach ein Umbruch festzustellen ist, insbesondere mit Blick auf Europa, wo die politischen Ränder an Bedeutung gewonnen haben.

Aber, meine Damen und Herren, Stabilität ist nicht alles. Wir brauchen auch Fortschritt, Innovation, Ehrgeiz und Mut.

(Beifall bei der FDP sowie Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU] und Anja Piel [GRÜNE])

Ohne all das, Herr Ministerpräsident, ist Stabilität am Ende nichts. Denn Stabilität führt zu Stillstand, und Stillstand ist Rückschritt.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Ihr Koalitionsvertrag enthält leider keine Überraschungen. Mittelmaß und Ambitionslosigkeit prägen ihn -

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Das ist ja der übliche Textbaustein!)

so, wie wir das von Ihnen, Herr Ministerpräsident, ja auch schon in den letzten fünf Jahren kennengelernt haben.

(Zustimmung bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Nein, nein! Da war das besser!)

Wir hatten die Erwartung, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung gestern ein bisschen konkreter werden. Aber, ganz ehrlich, Herr Ministerpräsident: So, wie Sie diese Regierungserklärung hier vorgelesen haben, war das schon ein Vorgeschmack darauf, wie ernst Sie dieses Parlament eigentlich nehmen: Völlig lustlos, völlig ambitionslos,

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist ja abenteu-
erlich! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

völlig unkonkret war das, was Sie hier gesagt haben. Sie haben keine Vision für das Land. Das ist bei der Art und Weise, in der Sie hier gestern agiert haben, mehr als deutlich geworden.

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der AfD)

Wenn man einen solchen Koalitionsvertrag gelesen hat, der sich - dazu komme ich noch - um das eigentlich Politische, nämlich darum, Dinge zu entscheiden, herumdrückt, dann erwartet man doch, in einer solchen Rede endlich mal zu hören, wofür diese Regierung eigentlich antritt. Ich habe mir dann bei Ihrer Rede ein Blatt genommen und wollte aufschreiben, was nun die wesentlichen Dinge sind. Frau Modder, auch bei Ihrer Rede hatte ich dieses Blatt vor mir und wollte diese Dinge aufschreiben. - Meine Damen und Herren, das Blatt ist leer geblieben.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der AfD)

Sie haben nichts Konkretes gesagt, nichts, was wirklich relevant ist, und nichts, was über das hinausgeht, was wir im Koalitionsvertrag schon gelesen haben.

Und das ist auch das Kernproblem dieser Großen Koalition, dieser neuen Regierungskoalition: Ihnen fehlt eine gemeinsame Vision für das Land, eine Vorstellung davon, wie Sie Niedersachsen modernisieren wollen, ein roter oder von mir aus auch ein schwarzer Faden - völlig egal -, der Sie tatsächlich leitet.

Ihre Agenda ist lediglich die Ansammlung aller möglichen politischen Forderungen, ohne dass Sie das getan hätten, was Politik ausmacht, nämlich Prioritäten zu setzen. Das haben Sie gerade verweigert. Sie haben keine Leuchtturmprojekte, keine Prioritäten und keine Visionen für das Land. Das ist der große Makel, den diese Große Koalition schon jetzt vor sich herträgt.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der AfD)

Und dass Sie, Herr Ministerpräsident, sich dann auch noch rühmen, dass Sie das so schnell hingekriegt haben, auch mit Blick auf Berlin, dass Sie sich rühmen, wie handlungsfähig und wie regierungsfähig Sie sind - das ist schon fast wieder ein bisschen lustig. Denn Sie machen es sich doch ganz einfach: Sie schreiben einfach alles rein und setzen am Ende einen Finanzierungsvorbehalt.

Letztlich ist das, was Sie mit diesem Koalitionsvertrag betrieben haben, Politikverweigerung! Sie haben sich der Verantwortung nicht gestellt.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es! -
Gegenruf von Christian Meyer [GRÜ-)

NE]: Mit Politikverweigerung kennen Sie sich ja aus!)

Damit verlagern Sie all die Entscheidungen in die Koalitionszeit. Und welche Folgen das gerade für die Kollegen von der Union hat, haben Sie auf Ihrem Landesparteitag ja schon deutlich gemacht. Dort haben Sie ganz deutlich gesagt: „Wir wollen weiterregieren. Wir wollen so weiterregieren, wie wir das mit den Grünen gemeinsam gemacht haben.“ Die Union ist also der Mehrheitsbeschaffer für Sie. Sie wollen durch einen vagen Koalitionsvertrag die Union mit ins Boot holen, auf der anderen Seite aber inhaltlich-politisch nichts verändern und den Kurs des „Weiter so!“ fahren. Dafür steht diese Große Koalition.

(Beifall bei der FDP und bei der AfD)

Meine Damen und Herren, diese Große Koalition plant keine neue Politik, diese Große Koalition hat auch keine neuen Ideen für Niedersachsen, und diese Große Koalition zeigt keinen Mut.

(Johanne Modder [SPD]: Aber Sie!)

Frau Modder, trotz des großen Gestaltungsspielraums, den Sie jetzt ohne Zweifel haben und mit dem man ja auch große Probleme und Themen anpacken könnte, passiert hier nichts. Sie nutzen ihn nicht wirklich zum Gestalten.

(Johanne Modder [SPD]: Wir werden ihn nutzen, keine Sorge!)

Ich komme jetzt auf einzelne Punkte zu sprechen - anders als Sie; von Ihnen ist ja kein inhaltlicher Punkt gekommen, sondern Sie haben in Fortsetzung der Tradition des Ministerpräsidenten dieses Haus im Unklaren über das gelassen, wofür Sie stehen.

(Johanne Modder [SPD]: Mehr Lehrkräfte, mehr Polizisten! - Wiard Siebels [SPD]: Sie müssen zuhören! Das ist doch abenteuerlich!)

Eine Große Koalition muss sich hier aber auch rechtfertigen und erklären, welche Politik sie machen will. Das haben Sie heute nicht getan.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie zeigen keinen Mut zu einer neuen Politik. An dieser Stelle ein Hinweis an Sie, Frau Modder, weil Sie es sich natürlich nicht haben verkneifen können - was ich aber in gewisser Weise auch verstehen kann: Glauben Sie wirklich ernsthaft, dass die Freien Demokraten für

die Fortsetzung Ihrer rot-grünen Politik zur Verfügung stehen?

(Johanne Modder [SPD]: Sie haben ja nicht einmal die Gespräche über die Inhalte geführt!)

Sie können uns doch nicht als Zeugen für Ihre schlechte Politik - - -

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Keine Dialoge, bitte, Frau Modder!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Sie können doch nicht ernsthaft sagen: „Wir machen schlechte Politik, weil ihr nicht mitregiert.“

(Johanne Modder [SPD]: Sie haben sich den Gesprächen verweigert!)

Andersherum, meine Damen und Herren: Wir regieren nicht mit, weil Sie im Kern schlechte Politik machen. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung, und dafür werden wir auch künftig nicht zur Verfügung stehen

(Beifall bei der FDP)

Und das Dokument, das das belegt, ist Ihr Koalitionsvertrag.

(Wiard Siebels [SPD]: Arbeitsverweigerung!)

- Das sagen die Richtigen, Herr Kollege. Es sind Ihre Kollegen in Berlin, die da die Verantwortung nicht übernehmen.

(Zurufe von der SPD)

- Wenn Sie aufschreien, dann kann man noch hoffen. Das jedenfalls hat einmal ein alter Kollege zu mir gesagt.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Dr. Birkner! - Wir fahren hier erst fort, wenn wieder Ruhe eingekehrt ist. Ist das möglich?

(Ulrich Watermann [SPD]: Sie wollen gewählt werden für null Verantwortung! - Gegenruf von Christian Grascha [FDP])

- Herr Kollege Watermann! Herr Kollege Grascha! - Bitte, Herr Dr. Birkner!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Watermann, wir wurden für unsere Inhalte gewählt, und die wollen wir umsetzen.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist ja der Hit! - Ulrich Watermann [SPD]: Sie wollen die Inhalte doch gar nicht umsetzen!)

Dass Sie nicht bereit sind, diese richtigen Inhalte umzusetzen, werde ich Ihnen jetzt im Detail nachweisen und damit genau aufzeigen, dass die rot-grüne Politik, die der Ministerpräsident, wie er gesagt hat, im Prinzip fortsetzen will, eben falsch für Niedersachsen ist. Und für eine falsche Politik stehen wir nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen feststellen, dass der von uns geforderte Neustart in der Landespolitik gegenüber der rot-grünen Vorgängerregierung mit diesem Koalitionsvertrag gerade nicht eingeleitet wird.

Meine Damen und Herren von der Großen Koalition, fanden Sie die bisherige Regierung denn wirklich so erfolgreich, dass Sie sie einfach fortsetzen wollen?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja!)

Es gibt doch viele Punkte, die dringend eines Neuanfangs bedürfen - eines echten Neuanfangs in Niedersachsen, eines Neustarts.

(Wiard Siebels [SPD]: Sie hätten doch mitregieren können!)

In der Bildungspolitik sehen wir einen solchen Neustart nicht. Das müssen sich auch die Kollegen von der Union klarmachen.

Bei der Digitalisierung erleben wir ebenfalls keinen Neustart. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Wir erleben auch keinen Neustart in der Haushaltspolitik.

(Wiard Siebels [SPD]: Sie hätten ja mitmachen können!)

Was wir stattdessen sehen, ist ambitionslos, ehrgeizlos und eine Fortsetzung dessen, was wir bisher erlebt haben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, da stellt sich die Frage: Wollen Sie Ihr - ich sage einmal - organisiert rechtswidriges Verhalten, das Sie im Umgang mit Vergaben an den Tag gelegt haben - der Kollege

Schünemann würde sagen: „Genossenfilz“ - fortsetzen? Ist es das, was Sie machen wollen?

(Wiard Siebels [SPD]: Das sind ja Begriffe hier!)

Diese Frage ist auch an die Kollegen der CDU gerichtet. - Das kann es doch nun wirklich nicht sein!

(Beifall bei der FDP)

- Sie werden doch nicht leugnen, Herr Kollege, dass Sie rechtswidrig gehandelt haben.

(Wiard Siebels [SPD]: Ich habe auf den Begriff abgehoben!)

Das war doch systematisch in den Ministerien, bei Herrn Lies, beim Ministerpräsidenten. Zwei Staatssekretäre sind deshalb gegangen. Eigentlich hätten drei gehen müssen, aber Ihnen hat der Mut gefehlt, die personellen Konsequenzen tatsächlich zu ziehen.

Meine Damen und Herren, ich komme auf die Bildungspolitik zu sprechen. Da hatten wir zwei Themen, die im Zentrum der Auseinandersetzung standen: die Inklusion und die Unterrichtsversorgung.

Zur Inklusion. Im Wahlkampf haben Sie, Herr Kollege Althusmann, noch erklärt, dass es mit der CDU auch weiterhin Förderschulen für alle Formen ohne Einschränkung geben werde. Davon bleibt am Ende nichts übrig. Der gestern hier im Rahmen der Regierungserklärung gefeierte Kompromiss ist doch eine Mogelpackung. Bestenfalls wird die Abschaffung der Förderschule Lernen bei einer Handvoll Schulen noch verzögert, aber am Ende werden sie abgeschafft.

(Jörg Bode [FDP]: Unglaublich!)

Dafür, meine Damen und Herren von der Union, wurden Sie von den Eltern der inklusionsbedürftigen Kindern definitiv nicht gewählt. Diese Menschen haben Sie bitter enttäuscht.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Wir erleben also keinen Neustart, sondern eine Fortsetzung der rot-grünen Inklusionspolitik.

Auch bezüglich der Unterrichtsversorgung ist es wirklich bemerkenswert, was in diesem Koalitionsvertrag steht. Die Union hat gesagt - wie wir finden, völlig zu Recht -: Wir brauchen eine Unterrichtsgarantie. Wir müssen den Kindern echte Chancen geben. Jede Stunde Unterricht, die ausfällt, ist eine Chance weniger für diese Kinder. - Und dann guckt

man erwartungsvoll in diesen Koalitionsvertrag, in dieses Werk, das hier so gefeiert wird, und liest folgende Passage - ich kann es Ihnen nicht ersparen -:

„Die Qualität ist der wichtigste Baustein für gute Schule. Das Berechnungsverfahren der Unterrichtsversorgung soll in dieser Legislaturperiode überprüft werden. Das Ziel ist mehr Transparenz für alle Beteiligten. Die Eckpunkte einer guten Unterrichtsversorgung sollen sich künftig an neuen Indikatoren orientieren.“

Meine Damen und Herren, was heißt das eigentlich?

(Christian Grascha [FDP]: Der Unterricht wird schöner!)

Das Unterrichtsmodell wird einfach überarbeitet? Gute Lehrer zählen einfach für zwei, und schon stimmt die Statistik wieder?

Meine Damen und Herren, durch Rechentricks werden unsere Kinder nicht eine Stunde mehr Unterricht erhalten. Die Statistik mag am Ende stimmen, aber den Kindern werden auch künftig Chancen vorenthalten. Das ist weiterhin eine verantwortungslose Politik, eine irreführende Politik, die Sie mit diesem Koalitionsvertrag einleiten, und hat mit einer Unterrichtsgarantie, wie die Kollegen der Union das immer zu Recht gefordert haben, rein gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der AfD)

Auch Exzellenz und der Leistungsgedanke werden in der Schulpolitik ein Fremdwort bleiben. Schullaufbahnpflicht nur auf Wunsch der Eltern, Noten erst in Klasse 4, und beim Schreiben nach Gehör wird es im Ergebnis doch auch bleiben. Machen wir uns doch nichts vor! Der Prüfauftrag, den Sie in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, ist doch lediglich ein Zugeständnis an die Kollegen der Union gewesen, mehr nicht. Es ist doch klar, was dabei herauskommt.

Meiner Meinung nach ist das ein echter Skandal; denn Niedersachsen wurde schon im Jahr 2016 bei der Bildungspolitik ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Ihrer Schulpolitik wurden besonders negative Ergebnisse bei Viertklässlern im Bereich der Orthografie bescheinigt. Und das wollen Sie jetzt wirklich fortsetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Wir sind der Auffassung, ein Neustart wäre dringend geboten: Wahlfreiheit statt Inklusionszwang, Unterrichtsgarantie statt Taschenspielertricks und Schreiben nach Duden - sonst kommt Herr Hilbers noch auf die Idee, Rechnen nach Gefühl einzuführen, und das dürfte für den Haushalt dann doch relativ gefährlich werden.

(Heiterkeit - Beifall bei der FDP und der AfD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum zweiten großen Themenkomplex dieses Landtagswahlkampfes kommen, nämlich der Digitalisierung. Auch bei dem Ausbau der digitalen Infrastruktur, der nur die Voraussetzung für die Digitalisierung ist, nicht aber die Digitalisierung insgesamt beschreibt, verlieren Sie sich im Klein-Klein und handeln weiter nach dem Motto „Zeit gewinnen, auf den Bund zeigen und abwarten“ - so wie wir es auch von der letzten Landesregierung gewohnt waren.

(Vizepräsident Frank Oesterhelweg übernimmt den Vorsitz)

Statt klare Ziele zu formulieren, steigern Sie das Chaos, das schon in der letzten Legislatur bemerkenswert war - als kaum noch jemand durchgestiegen ist, wer eigentlich was will -, noch weiter. Das neue Chaos äußert sich darin, dass die SPD bis zum Jahr 2020 einen 50-Mbit-Ausbau erreichen will. Bis 2022 wollen Sie aber schon einmal 1 Milliarde Euro verbuddelt haben. Und bis 2025 soll dann, wie der Ministerpräsident gestern auch noch einmal erklärt hat, flächendeckend eine Breitbandversorgung im Gigabitbereich gegeben sein.

Meine Damen und Herren, was wollen Sie denn wirklich? - Das alles passt doch auch weiterhin nicht zusammen. Sie blicken doch selber nicht mehr durch bei diesem Zielchaos, das Sie hier produzieren. Mit einer solchen orientierungslosen Politik riskieren Sie, die Menschen in diesem Lande noch weiter zu frustrieren. Das wäre bei diesem wichtigen und zukunftsnotwendigen Thema aber nicht verantwortbar, und damit treiben Sie am Ende auch die Unternehmer aus dem Land.

Wenn man in den Koalitionsvertrag hineinguckt in der Erwartung, dass richtig Gas gegeben wird, sieht man nur, dass Sie zunächst einmal prüfen wollen, ob die Digitalisierungsaufgaben im Laufe der Legislaturperiode bei einem Sonderstaatssekretär konzentriert werden sollen und ob bis Mitte

2018 ein Masterplan für die Digitalisierung vorgelegt werden soll.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Einschläge offenbar noch nicht wahrgenommen. Digitalisierung ist kein Feld, auf dem man noch irgendetwas prüfen müsste. Was man da tun muss, liegt doch auf der Hand!

(Christian Grascha [FDP]: So ist es!)

Warum sind Sie denn so zögerlich? - Sie haben immer noch nicht begriffen, dass Niedersachsen abgehängt zu werden droht, dass Chancen vernichtet werden und dass wir an der Digitalisierung, der Wertschöpfung und allem anderen, was für unser Leben damit zusammenhängt, nicht teilhaben können. Das ist an Halbherzigkeit nun wirklich nicht zu überbieten und wird den Anforderungen nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen, Herr Althusmann: Ein Schild an der Tür ändert daran auch nichts.

(Zuruf von Minister Dr. Bernd Althusmann)

- Sie wissen es. Das ist ja schon einmal ein Fortschritt. Ich muss zugeben, damit sind wir im Vergleich zur letzten Landesregierung schon einen Schritt weiter. Aber die Schrittlänge dürfte sich auf diesem Themenfeld gerne noch vergrößern.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt konkrete Vorschläge. Das haben wir schon im Wahlkampf deutlich gemacht, und dafür stehen wir auch jetzt noch. Das Land selbst muss das Glasfasernetz-Rückgrat bauen und die Glasfaser damit selbst entschlossen in die Fläche bringen. Prüfaufträge sind hier nicht nötig, das muss einfach entschieden werden. Aber diese Entscheidungen waren bisher offensichtlich nicht möglich, warum auch immer. Mir ist das ein Rätsel. Es liegt doch auf der Hand.

Meine Damen und Herren, wir sehen zudem die Gefahr, dass in dieser Großen Koalition künftig auch die Bürgerrechte klein geschrieben werden. Nachdem Rot-Grün in der letzten Legislatur mit dem Ankauf von Steuer-CDs staatlich gelenkte Hehlerei betrieben hat,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Unerhört! - Wiard Siebels [SPD]: Das sind ja Begriffe in Ihrer Rede! - Weitere Zurufe)

setzt Rot-Schwarz diese Tradition ganz selbstverständlich fort. Mit der Quellen-TKÜ, meine Damen und Herren, will man jetzt offenbar großflächig in das Modell der Cyberkriminalität einsteigen.

Und auch auf weitere Rückschritte können wir uns alle einstellen, wenn Innenminister Pistorius demnächst mit Rückendeckung der CDU von der Leine gelassen wird!

(Zurufe von der SPD)

Neue und schärfere Vorschriften sind der Koalition wichtiger als die Durchsetzung des geltenden Rechts. Die Ausweitung der Präventivhaft - die Kollegin Piel hat es bereits angesprochen - ist einer der wenigen konkreten Punkte, die wir in dieser Hinsicht bereits heute kennen. Ich sage Ihnen zu, Herr Minister: Die Freien Demokraten als Bürgerrechts- und Rechtsstaatspartei werden sehr wachsam sein und sehr darauf achten, dass die Bürgerrechte bei Ihnen nicht endgültig unter die Räder kommen.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Themenfeld ansprechen, das auch schon im Wahlkampf eine besondere Rolle gespielt hat, nämlich die Frage, wie es mit der Wahrnehmung der Eigentümerrechte im VW-Aufsichtsrat ist. Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Koalitionsvertrages sprach Wirtschaftsminister Althusmann davon, dass es zu einer gleichberechtigten Wahrnehmung der Aufsichtsratsmandate bei VW durch ihn und den Ministerpräsidenten kommen werde.

Das, meine Damen und Herren, ist unter zwei Gesichtspunkten sehr bemerkenswert:

Erstens. Die von der CDU angekündigte Professionalisierung der Wahrnehmung des VW-Mandats war in dem Moment Geschichte, als es mangels eines besseren Wahlergebnisses auf einmal um den eigenen Posten im Aufsichtsrat ging, obwohl man diesen, der eigenen Forderung folgend, eigentlich mit einem Experten hätte besetzen wollen. Herr Althusmann, Sie sind also kein Experte - oder was heißt das im Umkehrschluss?

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Herr Althusmann, Sie wissen doch, dass es Herr Ministerpräsident Weil ist, der dann im Präsidialausschuss sitzt - und Sie vor der Tür warten müssen, während der Präsidialausschuss tagt. Mithin kann von einer Gleichberechtigung über-

haupt keine Rede sein. Deshalb ist das, was Sie als Union und Sie als Wirtschaftsminister im Hinblick auf die Wahrnehmung dieses Aufsichtsratsmandats hier vorbringen, schon sehr irritierend.

Wir als Freie Demokraten haben eigene Vorstellungen davon, wie die Wahrnehmung der Eigentümerrechte bei VW durch das Land erfolgen soll: nämlich eben nicht durch die Regierungsmitglieder, sondern durch qualifizierte Persönlichkeiten. Die Kollegen von der Union haben selbst erklärt, dass es nötig ist, die Qualifikation in den Vordergrund zu stellen. Diese Qualifikation ist übrigens im Corporate Governance Kodex beschrieben. Herr Ministerpräsident, Herr Minister, erfüllen Sie die Voraussetzungen des Corporate Governance Kodex zur Wahrnehmung von Aufsichtsratsstätigkeiten in Aktiengesellschaften? - Mit Verlaub, das tun Sie nicht, und das werden Sie auch nicht tun, weil Sie die entsprechenden Kenntnisse gar nicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Zu glauben, dass man ein Aufsichtsratsmandat so nebenbei ausüben kann - spätestens die letzte Legislaturperiode hat doch gezeigt, dass weder der Ministerpräsident noch Minister Lies in der Lage waren, dieses Aufsichtsratsmandat angemessen wahrzunehmen. Und das ist doch auch genau das, was die Kolleginnen und Kollegen von der Union - auch der neue Kollege Fraktionsvorsitzende, Herr Toepffer - zu Recht kritisiert haben. Aber davon soll heute keine Rede mehr sein! Warum sind Sie eigentlich so mutlos und sagen nicht, jetzt schicken wir wirklich mal einen Experten rein und lassen den anderen Sitz bei der SPD? Wenn es um Ihre eigenen persönlichen Interessen geht, haben die Inhalte nichts mehr verloren!

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN - Anja Piel [GRÜNE]: Davon wird er nachher bestimmt noch reden!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Herr Ministerpräsident, noch am Tag nach der Landtagswahl haben Sie sich abfällig gegenüber einer Großen Koalition geäußert. Große Koalitionen, sagten Sie, seien schädlich für den demokratischen Wettkampf, sie besetzten die Mitte und stärkten die Ränder.

Eine Große Koalition muss aber nicht zwangsläufig Stillstand bedeuten und die Ränder stärken. Es liegt in Ihrer Verantwortung als Ministerpräsident, es liegt in Ihrer Verantwortung als Koalitions-

partner, dies zu verhindern. Das würde aber voraussetzen, dass Sie unser Land mit Mut, mit Ehrgeiz und mit dem Willen zu Innovation und Fortschritt regieren wollen. Davon ist, wie schon in den letzten Jahren, leider aber auch jetzt nichts zu spüren. Wenn Sie dies nicht ändern, werden Sie sich in wenigen Jahren vorwerfen lassen müssen, durch Ihre unentschlossene, beliebige und ambitionslose Politik zur Stärkung der Ränder einen Beitrag geleistet zu haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Birkner. Ich habe das Gefühl, dass der Begriff „staatlich gelenkte Hehlerei“ zumindest grenzwertig war.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das sehe ich anders!)

Damit wollen wir die Harmonie jetzt aber nicht trüben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort hat jetzt für die CDU-Fraktion der Kollege Dirk Toepffer.

(Anja Piel [GRÜNE]: Jetzt kommt der VW-Aufsichtsrat!)

Dirk Toepffer (CDU):

Ich bin da nicht drin, Frau Piel.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Birkner, vielen Dank für Ihre schwungvolle Rede. Manch einer hatte ja Angst, dass es hier langweilig wird. Ich habe Ihnen jedoch gern zugehört. Ich habe nicht in allen Punkten Ihre Meinung geteilt, aber es hat jedenfalls Spaß gemacht, Ihnen zuzuhören.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Namen der CDU-Fraktion gratuliere ich Ihnen recht herzlich zu Ihrer Wiederwahl und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Regierungszeit.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Übrigens, Herr Birkner: Ich fand den Ministerpräsidenten, den ich ja schon ewig lange kenne, gestern keineswegs emotionslos. Ich habe ihn zuvor selten so voller Emotionen gesehen.

(Heiterkeit - Anja Piel [GRÜNE]: Wow, da wächst zusammen, was zusammengehört! Kinder, Kinder, Kinder! Das sind ja richtige Männerfreundschaften geworden! - Weitere Zurufe)

Gleichwohl muss ich sagen, Herr Ministerpräsident: Aus Sicht meiner Fraktion hätten wir uns gewünscht, dass ein anderes Kabinettsmitglied diese Regierungserklärung abgibt. Aber sei's drum. Ich räume ein, dass die Inhalte dieser Regierungserklärung dann wohl wenig anders ausgefallen wären. Das ist so in Großen Koalitionen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, ist es mir wichtig, eines zu betonen: Die CDU-Fraktion trägt in diesem Kabinett nicht nur ihre eigenen fünf Minister, sondern sie trägt die gesamte Regierung, und sie trägt insbesondere diesen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion mit ihren 50 Abgeordneten will den Erfolg dieser Koalition, den Erfolg dieser Regierung. Das ist unser Auftrag. Dafür setzen wir uns ein. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass die nächsten fünf Jahre gute Jahre für Niedersachsen werden.

Vor einer Großen Koalition muss man sich nicht unbedingt fürchten. Diese Furcht vor Großen Koalitionen ist ja so eine deutsche Urangst. Der Kollege Limburg wird sich vielleicht erinnern, dass wir im Jahr 2010 eine gemeinsame Ausschussreise gemacht haben, in die Schweiz.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja!)

Da wollten wir uns über direkte Volksbeteiligung und plebiszitäre Elemente informieren. Die Reise war sehr interessant, und ich habe da etwas kennengelernt, was ich so noch nicht kannte, nämlich die Konkordanzdemokratie - keine Konkurrenzdemokratie wie bei uns, wo die Parteien in einem Konkurrenzverhältnis stehen, sondern die Konkordanzdemokratie. Was ist das?

Die Schweizer Konkordanzdemokratie ist wie folgt ausgerichtet: Alle größeren Parteien senden proportional Mitglieder in die Regierung. Immer. Alle sind dabei. - Das funktioniert übrigens nur deshalb, weil das Parlament da auch mal gegen die Regierung vorgehen darf. Das würde ich mir manchmal auch hier wünschen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜ-)

NE]: Sehr gut! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir stehen zur Verfügung!)

Das Schweizer Modell ist so eine Art ständige Große Koalition und funktioniert eigentlich permanent ewig und gut.

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

- Nicht wahr!?

In Niedersachsen müssen wir sicherlich nicht so weit gehen. Aber, liebe Frau Piel, wir müssen auch nicht jede Große Koalition schlechtreden, und insbesondere sollte man das nicht machen, wenn man - wie Sie - selbst Gespräche zu einer Regierungsbeteiligung von vornherein völlig abgelehnt hat und nicht mal die Sondierungsgespräche führen wollte.

(Anja Piel [GRÜNE]: Wann haben wir das getan?)

- Mit uns haben Sie zu keinem Zeitpunkt gesprochen.

(Beifall bei der CDU - Anja Piel [GRÜNE]: Aber Herr Althusmann hatte doch schon gesagt, mit wem er sprechen will und mit wem nicht, und er wollte doch gar nicht mit uns sprechen!)

- Sie hatten die Einladung.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ach, Herr Toepfer!)

Natürlich ist diese GroKo nicht für die Ewigkeit gedacht. Aber damit sie am Ende funktionieren kann, muss eines gewährleistet sein: Es muss möglich sein, dass CDU und SPD diese Koalitionsregierung tragen und gleichzeitig deutlich machen, dass das Land von zwei durchaus unterschiedlichen Parteien regiert wird. Deswegen muss es auch erlaubt sein, dass Unterschiede im Parlament deutlich gemacht werden - und wo sonst soll das geschehen, wenn nicht hier an dieser Stelle? Und es muss geschehen, damit die Wähler am Ende dieser Legislaturperiode erneut an die Wahlurne treten, um einen neuen Regierungsauftrag zu erteilen.

An dieser Stelle vielleicht eine Bitte an die Vertreter der vierten Gewalt: Sie tragen in besonderer Weise Verantwortung. Nicht jeder Richtungsstreit ist ein Krach, und nicht jede Meinungsverschiedenheit ist eine Koalitionskrise. Wer die Dinge zuspitzt, erreicht vor allem eines: das Ende einer

lebendigen Debatte. Und diese Debatten wollen wir auch künftig hier führen.

(Beifall bei der CDU)

Daher werden wir auch in Zukunft Situationen erleben, in denen die Redner dieser Koalition nicht an allen Stellen Beifall aus beiden Parteien erhalten werden. Das ist aber auch nicht weiter tragisch. Ich erinnere mich beispielsweise gern an die Debatten in der schwarz-gelben Koalition zum Mindestlohn.

(Jörg Bode [FDP]: Das hat Spaß gemacht!)

Da waren wir durchaus unterschiedlicher Meinung - nicht wahr, Herr Bode? - und haben das hier auch deutlich gemacht. Die Koalition hat trotzdem gehalten, und es hat trotzdem zur Weiterbildung der Politik beigetragen. Das kann es also geben, keine Frage. Gleichwohl: Wir sollten hier auch weiter offen diskutieren.

Die CDU in Niedersachsen bringt aus den vergangenen Jahrzehnten reichlich Erfahrung mit, Erfahrung darin, wie man dieses Land gut und erfolgreich regiert. Mit diesem Selbstbewusstsein nehmen wir auch unsere Rolle in der Zusammenarbeit mit der SPD an.

Hier und da wird behauptet, dass es mit dieser GroKo gar keinen echten Politikwechsel in Niedersachsen geben werde. - Das haben Sie ja teilweise gemacht, Frau Piel.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das hat der Ministerpräsident gesagt!

Dem widerspreche ich ausdrücklich.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Aber das sieht er anders! - Anja Piel [GRÜNE]: Einigen Sie sich doch erst mal, was Sie sagen!)

Schon die Überschrift des Koalitionsvertrages ist eine deutliche Absage an ein bloßes „Weiter so!“. „Gemeinsam für ein modernes Niedersachsen - Für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt“: Das ist ein Motto, das auch für Aufbruch und Erneuerung steht. Es ist ein Motto, unter dem sich auch und gerade wir Christdemokraten gut versammeln können.

Die CDU in Niedersachsen ist selbstbewusst genug, um in einer Großen Koalition mit einem SPD-Ministerpräsidenten einen inhaltlichen Führungsanspruch zu formulieren. Wir wollen, dass diese Große Koalition gelingt. Wir wollen die Chancen,

die sie bereithält, auch nutzen. Wir wollen dabei Impulsgeber, aber auch Antreiber und Motor sein.

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Was sagen denn Herr Weil und Frau Modder dazu?)

Deshalb sehen wir es auch sehr gelassen, wenn unser Ministerpräsident seine Partei zur dominierenden Kraft aufbauen will. Selbstbewusstes Auftreten ist gut, doch Übermut tut selten gut.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Herr Ministerpräsident! - Christian Meyer [GRÜNE]: Für die CDU gilt das nie!)

Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie als bekennenden Fußballfan an einen Satz von Franz Beckenbauer aus dem Juli 1990 erinnern. Der erklärte damals: Auf Jahre hinaus wird unsere Nationalmannschaft unschlagbar sein. - Wir alle wissen um die geringe Halbwertszeit dieses Satzes. 1992 reichte es nur noch zum zweiten Platz bei der Fußball-EM in Schweden. 1994 war bei der WM in den USA sogar schon im Viertelfinale Schluss. Deshalb: Für meine Partei, die CDU Niedersachsen, kann ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, etwas zusagen: Auch wenn wir in einer Mannschaft spielen, den Wettbewerb um die Nummer eins auf dem Spielfeld nehmen wir gerne an.

(Johanne Modder [SPD]: Wir auch!)

Es ist in den vergangenen Tagen wiederholt öffentlich gefragt worden, wessen Handschrift dieser Koalitionsvertrag denn nun trägt. Beim Thema innere Sicherheit, liebe Frau Piel, ist diese Frage leicht zu beantworten. Sie haben das erkannt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir haben als CDU in den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass die innere Sicherheit in unserem Bundesland ein Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode wird.

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Das klingt ja wie eine Drohung! - Anja Piel [GRÜNE]: Das müssen Sie aber auch durchhalten!)

- Lieber Herr Limburg, wir holen Versäumtes nach. Und wenn die GdP Niedersachsen in einer Pressemitteilung vom Dienstag zum Koalitionsvertrag ausführt: „Gute Voraussetzungen für die innere Sicherheit in Niedersachsen“, dann haben wir als CDU in Niedersachsen offenbar alles richtig gemacht,

(Anja Piel [GRÜNE]: Vorsicht! Das muss sich in den nächsten fünf Jahren erst noch zeigen!)

vor allem aber gut und erfolgreich verhandelt.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Birkner, wir werden selbstverständlich auch die Wahrung der Bürgerrechte im Auge haben. Ich kann aber eines sagen: Es gibt auch ein Bürgerrecht auf innere Sicherheit, und zu den Bürgerrechten gehört auch, dass derjenige, der fleißig seine Steuern zahlt, sicher sein kann, dass es alle anderen auch tun.

(Beifall bei der CDU sowie Zustimmung bei der SPD - Widerspruch von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind froh darüber, dass wir die 3 000 zusätzlichen Polizeistellen als Zielmarke in den Koalitionsvertrag hereinformuliert haben. Wir bringen damit endlich wieder mehr Polizei auf die Straße, wir machen Polizei in öffentlichen Bereichen sichtbar, und wir schaffen gleichzeitig Entlastung von Verwaltungsaufgaben. Das ist ein deutliches und unmissverständliches Signal. Niedersachsen stellt sich der wachsenden Bedrohung durch Terrorismus, Extremismus, Cyberkriminalität und Einbruchskriminalität kraftvoll entgegen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört im Übrigen auch eine angemessene Personalausstattung in der Justiz. Die Justiz in Niedersachsen wird ihren vielfältigen Aufgaben nämlich nur dann gerecht, wenn auch in diesem Bereich ausreichend Personal zur Verfügung steht. Dafür wird die neue Justizministerin Barbara Havliza streiten. Davon sind wir überzeugt.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Weiß der Ministerpräsident inzwischen, wer das ist?)

Wir werden zukünftig deutlich mehr in einen durchsetzungsfähigen Rechtsstaat investieren müssen. Hier ist in den letzten Jahren unter der grünen Justizministerin viel zu wenig geschehen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das glauben Sie ja selbst nicht!)

- Wissen Sie, Herr Limburg, ich hatte einen unschätzbaren Vorteil in den letzten zehn Jahren - der in gewisser Weise aber auch ein Nachteil war -: Ich kenne Gerichtssäle in Niedersachsen

von innen, und ich weiß, wie lange hier manche Verfahren dauern. Da sind wir von Rechtssicherheit meilenweit entfernt, und das hatte Ihre Ministerin zu verantworten. Das ist die bittere Wahrheit.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von Helge Limburg [GRÜNE])

Wir können es in einem durchsetzungsfähigen Rechtsstaat auch nicht hinnehmen, dass Asylbewerber keine brauchbaren Auskünfte geben und trotzdem darauf hoffen können, dass im Falle der Ablehnung des Asylantrags eine Abschiebung an der Beschaffung von Passersatzpapieren scheitert. Ich bin deshalb froh darüber, dass das Asylkapitel eine klare christdemokratische Handschrift trägt.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, Hilfe und Integration bei den Schutzbedürftigen mit guter Bleibeperspektive einerseits, Härte und Rückführung bei den nicht Schutzbedürftigen und insbesondere denen, die täuschen, tricksen und sich strafbar machen, andererseits.

(Beifall bei der CDU)

Klar ist nämlich eines: Unsere Politik muss sich daran orientieren, die Akzeptanz von Zuwanderung und Migration in Deutschland zu erhalten. Und genau deshalb müssen wir die Zuwanderung und die Integration steuern, ordnen und begrenzen, soweit uns das im Rahmen unserer Länderkompetenzen möglich ist. Das ist auch ein klares Signal an alle, die sich an die Regeln halten. Unser Rechtsstaat darf sich hier nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Christian Meyer [GRÜNE]: Kein Wunder, dass die AfD da klatscht!)

In ihrem Koalitionsvertrag bekennen beide Koalitionspartner, gemeinsam für ein modernes Niedersachsen arbeiten zu wollen: für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt.

Für uns als CDU-Landtagsfraktion gehören Innovation und Aufbruch untrennbar zusammen. Es wurde ja nach Visionen gefragt. Wenn wir über Aufbruch und Innovation reden, geht es hier vor allem um ein gesellschaftliches Großprojekt, dessen Gelingen bzw. Nichtgelingen über die Zukunftschancen - Herr Birkner, ich denke, da sind wir uns einig - von 8 Millionen Niedersachsen mitentschieden wird. Das ist die Digitalisierung. Ich habe nicht verstanden, warum Sie immer von einem Neustart gesprochen haben. Seien wir mal ehrlich: Beim Thema Digitalisierung haben Sie seit ewigen Zei-

ten den Start verpasst. Da müssen wir überhaupt erst einmal zu Potte kommen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Bisher ist nichts passiert!)

Wir sind mittendrin in der digitalen Revolution. Die Digitalisierung stellt viele Gewohnheiten im privaten und beruflichen Alltag infrage.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das sieht Herr Lies sicherlich anders! Die Antwort ist ein Prüfauftrag!)

Die Frage, wie die Digitalisierung die Arbeitswelt verändert, treibt tatsächlich viele Menschen um. Wir wollen den Unternehmen und Beschäftigten in unserem Land auf diesem Weg der Veränderung helfen: mit einer umfassenden Digitalisierungsstrategie und nicht nur mit Schildern. Für diese Strategie wird in erster Linie unser neuer Wirtschaftsminister Bernd Althusmann verantwortlich sein. Er wird die Dinge sicherlich in Gang bringen. Dazu alles Gute auf dem richtigen Weg!

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, Technologie und Innovation, Bildung und Qualifizierung, Beschäftigung und Infrastruktur zu *einer* Politik für die digitale Zukunft zu verbinden. Wir wollen gerade diejenigen noch besser fördern, die mit Neugier, mit Mut und mit kreativem Unternehmergeist versuchen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Deshalb legen wir einen Wagniskapitalfonds auf, um Start-ups in der Wachstumsphase gezielt zu unterstützen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wie viele Millionen?)

Damit unterstützen wir die Schaffung neuer Wissensnetzwerke, die ihrerseits zum Erfolg von Neugründungen beitragen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: 100 Millionen?)

Entscheidend für das Gelingen ist ein noch engeres Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft, von Unternehmen und Hochschulen. Das war in den letzten Jahren nicht gerade ein Schwerpunkt im Wissenschaftsministerium. Das muss und das wird sich mit Björn Thümler an der Spitze dieses Hauses grundlegend ändern.

(Beifall bei der CDU - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Es soll Oldenburg gefördert werden!)

Auch hier gilt die Botschaft: Wir müssen endlich raus aus der Komfortzone.

Lieber Herr Kollege Birkner, um Ihren Zwischenruf aufzugreifen: Ich finde nichts Verwerfliches daran, auch Oldenburg zu fördern. - Das sagt Ihnen ein Hannoveraner.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist auch nicht verwerflich! Es geht aber um die Konzentration!)

Wir müssen viel stärker als bislang auf unsere Hochschulen und auf unsere Forschungsinstitute als Impulsgeber und Kreativzentren setzen. Wir müssen zudem endlich die Chancen nutzen, die die Digitalisierung in der Lehre bietet. Es geht ebenso darum, die digitale Infrastruktur für Forschung und Lehre zu ertüchtigen. Wir wollen den Hochschulcampus zu einem Zukunftslabor für Innovationen machen.

Im Wissenschaftsbereich haben sich die Koalitionspartner weitere Großprojekte vorgenommen. Worum geht es konkret?

Die Niedersachsen haben Anspruch auf eine bestmögliche medizinische Versorgung. Ich bin froh darüber, dass wir die notwendigen Investitionen bei der Medizinischen Hochschule und der Universitätsmedizin Göttingen finanziell absichern konnten. Ich habe die Hoffnung und Erwartung, dass wir bei den beiden Projekten in den nächsten Jahren zu deutlichen Fortschritten kommen werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Dabei müssen wir auch den Nordwesten Niedersachsens im Blick behalten. Ich bin deshalb froh darüber, dass die Ausbildungskapazitäten der European Medical School in Oldenburg mit Blick auf die Mediziner Ausbildung deutlich erhöht werden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Echo auf den Koalitionsvertrag fiel bei den verschiedenen Interessenverbänden durchaus wohlwollend aus. Über die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern habe ich mich besonders gefreut. Sie haben jetzt wieder eine sehr, sehr starke Stimme am Kabinetttisch.

Im Wirtschaftsbereich werden wir nun liefern. Wir werden nicht nur deutlich mehr Geld für den Breitbandausbau in die Hand nehmen. Wir sorgen auch

dafür, dass bei den beiden großen Bundesfernstraßenprojekten, der A 20 und der A 39, schon in Kürze die lang ersehnten Spatenstiche folgen werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ökonomisch sinnlos!)

Liebe Frau Piel, ich kann Ihnen das an dieser Stelle sagen: Was mit diesen Straßen in den letzten fünf Jahren passiert oder auch nicht passiert ist, was Sie zu verantworten haben, die Blockade durch diese kleine Minderheit von Parlamentariern ist ein schönes Beispiel dafür, dass die Minderheit die Mehrheit dominieren kann. Diese Blockade wird nun ein Ende finden.

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Danke für das Kompliment, Herr Kollege! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN!)

- Lieber Herr Limburg, wir haben jetzt niemanden mehr am Kabinetttisch, der bei großen Infrastrukturprojekten auf die Bremse tritt. Das freut sicherlich auch den neuen Umweltminister Olaf Lies.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Helge Limburg [GRÜNE]: Kein Naturschutz mehr! Kein Umweltschutz mehr! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Mit Karacho gegen die Wand! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN: Betonpolitik! - Unruhe)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Einen Moment, Herr Kollege Toepffer! - Ich bitte darum, dass dem Redner zugehört wird. Aus gegebenem Anlass möchte ich darauf hinweisen, dass die Fraktion der Grünen noch eine Restredezeit von 3:15 Minuten hätte. - Herr Toepffer!

Dirk Toepffer (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Innovation und Aufbruch sind das Leitmotiv der neuen Großen Koalition. Mit Sicherheit und Zusammenhalt kommen zwei wichtige Kernanliegen hinzu. Wir leben in Zeiten rasanter politischer und gesellschaftlicher Umbrüche. Die fortschreitende Globalisierung, die Digitalisierung in immer weiteren Lebensbereichen und die spürbaren Auswirkungen weltweiter Migrationsströme verunsichern auch viele Menschen bei uns in Niedersachsen.

Gerade diese Menschen können wir durch eine glaubwürdige und mutige Politik für das Gemeinwesen zurückgewinnen. Wir möchten, dass in Niedersachsen wieder verstärkt eine Kultur des Miteinanders gepflegt wird; gerade auch über unterschiedliche Ansichten. Es ist immer besser, miteinander als übereinander zu reden.

Zu einer Kultur des Miteinanders gehört beispielsweise, dass wir im Bereich der Agrarpolitik wieder zu Maß und Mitte zurückkehren. Statt auf Ideologie und Verklärung setzen wir hier auf Vernunft.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Für viele Landwirte ist es noch immer nicht einfach, die stetig steigenden Anforderungen z. B. im Bereich des Umweltschutzes zu erfüllen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Fragen Sie einmal die Landwirte, was die zu den neuen Autobahnen sagen!)

Die Politik sollte es ihnen an dieser Stelle nicht unnötig schwer machen. Dauerhafte Verbesserungen beim Tierschutz erreichen wir am besten dadurch, dass wir dabei sowohl die Erfahrungen der Tierhalter als auch die Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigen. Ich bin mir sicher, Barbara Otte-Kinast wird eine Politik gemeinsam mit den Landwirten und nicht gegen sie machen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Das sind die Legenden, die Sie immer stricken!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine weitere Bemerkung.

Zu einem starken und zukunftsfähigen Niedersachsen gehört ganz entscheidend die Sicherung von Zukunftschancen in Stadt und Land. Der ländliche Raum in Niedersachsen ist nicht etwa Peripherie, er ist im Gegenteil das starke Rückgrat unseres Bundeslandes. Wir werden deshalb in besonderer Weise darauf achten, dass die Fläche bei den Förderprogrammen für die Kommunen ebenso gut behandelt wird wie die Mittel- und Oberzentren.

(Beifall bei der CDU)

Zu einer Kultur des Miteinanders gehört auch, dass wir uns über die Ziele in den wichtigen Politikbereichen gern schnell einigen können, dass wir über den Weg dorthin im Einzelfall aber auch gern kontrovers diskutieren dürfen. Herr Ministerpräsident,

Sie haben in ihrer gestrigen Regierungserklärung ausgeführt:

„Wenn man so will: Unser Regierungsprogramm ist dieser Schulfrieden.“

Auch wir wollen diesen Schulfrieden.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ich dachte, einen zusätzlichen Feiertag! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Den wollen wir! Haben Sie einen Vorschlag dazu?)

Aber auf dem zentralen Feld der Bildungspolitik gab und gibt es seit jeher auch viel Trennendes zwischen CDU und SPD. Aber immerhin sind wir im Laufe der Koalitionsverhandlungen gemeinsam zu der Überzeugung gelangt, die großen bildungspolitischen Gräben zu überwinden. Wir gehen auch in der Bildungspolitik die Dinge pragmatisch an. Das ist gut so. Denn Schüler, Eltern und Lehrer haben Anspruch darauf, dass bildungspolitische Grundsatzentscheidungen einmal länger als eine Wahlperiode Bestand haben!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

An dieser Stelle, Herr Dr. Birkner, folgender Hinweis: Sie haben aus diesem Koalitionsvertrag nur die Dinge herausgesucht, die wunderbar in Ihre Rede passen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Selbstverständlich! Alles andere wäre ja Unsinn! - Anja Piel [GRÜNE]: Das hätten Sie nicht gemacht, Herr Toepffer?)

Was Sie nicht gemacht haben, das ist klar. Da sind Sie professionell. Ich empfehle Ihnen zu dem Thema Unterrichtsversorgung, also zu dem, was wir dabei konkret vorhaben, die Zeilen 245 bis 248 des Koalitionsvertrages.

(Christian Grascha [FDP]: Entscheidend ist, dass Unterricht stattfindet! Das ist der Punkt!)

Darin ist ziemlich genau konkret dargelegt, was wir an dieser Stelle vorhaben. Dann sehen Sie, dass wir auch bei dem Thema Unterrichtsversorgung das Land voranbringen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Was ist denn mit der Unterrichtsgarantie? Erklären Sie das doch einmal!)

Wir überwinden mit diesem Koalitionsvertrag die quälenden Strukturdebatten. Das ist entscheidend.

Wir konzentrieren uns stattdessen auf Unterrichtsqualität und Bildungserfolg. Das ist unsere Leitlinie, mit der wir die Bildungspolitik zumindest mittelfristig in ruhigeres Fahrwasser führen werden.

Meine Damen und Herren, solide Finanzen sind die Grundlage einer verantwortungsbewussten Regierungspolitik. Auch hier hat die Große Koalition geliefert.

Es ist wichtig, dass wir auch in guten Zeiten nicht übermütig werden, dass wir das Geld nicht mit vollen Händen ausgeben. Der Ministerpräsident hat gestern in seiner Regierungserklärung einen kleinen finanzpolitischen Ausblick gewagt. Er hat in diesem Zusammenhang von vorsichtigem Optimismus gesprochen. Warum eigentlich vorsichtiger Optimismus? Warum so zurückhaltend? Schließlich steht mit Reinhold Hilbers ein Mann an der Spitze des Finanzressorts, dem die Prinzipien der Zukunftsvorsorge und Generationengerechtigkeit gleichermaßen wichtig sind. So kennen wir ihn. Mit diesem Minister sind wir im Finanzbereich uneingeschränkt optimistisch.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der SPD - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das können wir nicht glauben! - Christian Meyer [GRÜNE]: Virtuelles Geld!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue Landesregierung wird sich in ihrer Arbeit an dem orientieren, was unser Land ausmacht und was unser Land braucht. Einige wesentliche Herausforderungen habe ich eben skizziert.

In den Koalitionsverhandlungen haben beide Partner bewiesen, dass auch Kompromisse jenseits aller politischen Rivalität möglich sind. Die Art und Weise, wie Stephan Weil und Bernd Althusmann den Vertrag ausgestaltet haben, bieten eine verlässliche Grundlage für die nächsten fünf Jahre. Genau deshalb geht diese Koalition jetzt auch mit Entschlossenheit und Zuversicht an die Arbeit.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD] - Lachen bei der FDP - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist aber dünn, Frau Kollegin! - Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD - Helge Limburg [GRÜNE]: Das war sehr entschlossen! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das war sehr einsam!)

- Herr Birkner, das wird zukünftig eine ganz enge Achse. Deswegen habe ich mich auch wahnsinnig über den Applaus gefreut!

(Christian Meyer [GRÜNE]: Die einsamen Spitzen!)

Bei allem, was uns weiterhin trennt, haben wir ein gemeinsames Ziel:

(Zurufe von der FDP: Posten! Feiertage! - Christian Meyer [GRÜNE]: Mehr Minister! Mehr Staatssekretäre!)

Wir wollen unser Niedersachsen nach vorne bringen. Wenn wir 2022, zum Ende der Legislaturperiode, sagen können, dass Niedersachsen im Konzert der Bundesländer wieder in der Spitzengruppe mitmischte und dass der gesellschaftliche Zusammenhalt eher stärker als schwächer geworden ist, dann hat sich dieses Experiment Große Koalition allemal gelohnt.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Toepffer. - Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Kollege Klaus Wichmann. Bitte schön!

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Jetzt weiß ich, warum die gestern so viel über die erste Reihe diskutiert haben! - Anja Piel [GRÜNE]: Das ist ja sehr frauenpolitisch! - Christian Meyer [GRÜNE]: Die Fraktionsvorsitzende hat nichts zu sagen!)

Klaus Wichmann (AfD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der AfD sind zum ersten Mal, wie Ihnen bekannt ist, in den Niedersächsischen Landtag eingezogen. Erlauben Sie mir daher an dieser Stelle ein paar grundsätzliche Worte auch und gerade über den Umgang miteinander in diesem Hohen Hause.

Wir haben in den letzten Wochen in diesem Saal viele Reden gehört: vom ehemaligen Landtagspräsidenten und jetzigen stellvertretenden Landtagspräsidenten Busemann, vom Bundespräsidenten Steinmeier, von der neuen Landtagspräsidentin Frau Dr. Andretta und nicht zuletzt vom neuen und alten Ministerpräsidenten, Herrn Stephan Weil. In vielen dieser Reden wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Meinung des anderen auszuhalten. Das, meine Damen und

Herren, können wir von der AfD nur ausdrücklich unterstützen.

Das Problem, mit dem wir alle hier leben, das Problem, das die Demokratie in Deutschland zurzeit bewegt, ist aber viel tiefer gehend. Frank-Walter Steinmeier hat das in einer anderen Rede, nämlich in seiner Rede zum 3. Oktober, also zum Tag der Deutschen Einheit, richtig beschrieben. Er hat dort gesagt, es gehe ein tiefer Riss durch unsere Gesellschaft. Was er dann leider nicht getan hat, ist, überzeugend darzulegen, woher dieser Riss kommt. Dabei ist das ein Riss, den es so zuvor in der bundesdeutschen Geschichte noch nicht gegeben hat.

Dieser Riss teilt die Gesellschaft in die AfD und viele von der bisherigen Politik Enttäuschte, ja Wütende auf der einen Seite

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das hätten Sie gerne!)

und die Altparteien, also Sie, auf der anderen Seite. Wenn man fragt, woher dieser Riss kommt, dann kommt man relativ zügig zu dem einzigen Schluss, dass in früheren Zeiten die politischen Gegner ihre jeweiligen Ansichten gegenseitig für falsch gehalten haben; das tun wir heute gegenseitig selbstverständlich auch. Aber heute halten wir unsere Positionen nicht nur für falsch, wir halten sie für gefährlich.

Es ist diese Einschätzung, dass der jeweils andere eine Gefahr für unsere Gesellschaft ist, die uns so unversöhnlich macht, die uns nicht zu einer politischen Gegnerschaft, sondern teilweise zu einer Feindschaft bringt, die sich im Wahlkampf manchmal wie ein Vernichtungswille anfühlt. Das, meine Damen und Herren, ist aber eine Grenze, die keiner von uns überschreiten sollte; denn das ist mit der Demokratie nicht mehr vereinbar.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Mit Grenzüberschreitungen kennen Sie sich ja aus!)

Demokratie ist ein System, in dem die Minderheitsmeinung stets die Chance haben sollte und muss, zur Mehrheitsmeinung zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Das ist die Definition von Demokratie. Wenn wir uns dazu hinreißen lassen, dem Gegner jegliches politisches Existenzrecht abzusprechen, dann ist diese Voraussetzung eben nicht mehr erfüllt. Deswegen sollten wir uns wirklich alle bewusst sein.

Wir müssen uns nicht mögen - ganz bestimmt nicht. Aber wir müssen einen Grundrespekt voreinander haben. Ich muss respektieren, dass Sie eine abweichende politische Meinung haben, und Sie müssen respektieren, dass ich eine andere Meinung habe. Dazu gehört eben auch, dass man sich nicht bei jeder Gelegenheit Totschlagsargumente und hohle Phrasen an den Kopf wirft oder den anderen stumpf beschimpft.

(Jörg Hillmer [CDU]: Was war denn das gestern mit „Isolationshaft“? Genau das war es!)

Ich möchte nicht als Nazi beschimpft werden, wie es im Wahlkampf mehrfach passiert ist. Ich bin nämlich kein Nazi, mit Verlaub.

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Und ich auch nicht als Volksverräter!)

- Ich habe Sie auch nicht als Volksverräter beschimpft.

(Dr. Christos Pantazis [SPD]: Im Wahlkampf habe ich das auch gehört!)

Ich möchte auch nicht als Rassist beschimpft werden, nur weil ich die Forderung erhebe, dass ich die illegale Zuwanderung gestoppt sehen möchte.

Mir ist klar, dass es dem einen oder anderen auch hier nicht gefallen wird, auf diese Phrasen zu verzichten. Denn so häufig, wie diese benutzt werden, kann man den Eindruck bekommen, manche stünden nahezu waffenlos da, wenn sie das tun.

Argumente für Ihre Politik haben sie nicht so viele vorgebracht, jedenfalls keine, die mich überzeugt hätten. Trotzdem werden Sie es nicht erleben, dass ich Sie beschimpfe - und das nicht, weil ich Sie mag, sondern weil sich das so gehört. Das ist eine Frage des Anstandes und des Respektes vor dem politischen Gegner.

Aber kommen wir noch einmal kurz zurück zu dem Riss, der durch unsere Gesellschaft geht!

Ich glaube, es reicht nicht aus, einfach nur zu sagen: „Wir müssen den Menschen wieder mehr zuhören“, wie man das so gerne von Vertretern Ihrer Parteien hört - üblicherweise dann, wenn die AfD wieder ein ordentliches Wahlergebnis eingefahren hat. Nein, meine Damen und Herren, Zuhören allein reicht nicht mehr aus. Sie müssen dann schon noch etwas von dem, was Sie gehört haben, auch umsetzen. Sonst fühlen sich die Leute nämlich erst veräppelt, und in einer zweiten Stufe hö-

ren sie Ihnen dann gar nicht mehr zu. Das, meine Damen und Herren, ist dann wirklich die viel zitierte Politikverdrossenheit. Da bin ich ganz bei der Kollegin Modder von der SPD, die das in Bezug auf Beleidigungen gesagt hat.

Wenn Sie weiter nur zuhören wollen und nicht endlich auch konservative Positionen zumindest angemessen berücksichtigen, dann werden Sie den Riss, von dem ich eingangs sprach, nur weiter vertiefen.

Mit Ihrer Großen Koalition können Sie das ja jetzt. Sie haben ja jetzt die Macht, Zeichen zu setzen. Sie können als Regierung tatsächlich Politik für das ganze Volk machen. Der Weg dazu ist einfach: Wenn Sie konservative Positionen berücksichtigen wollen, schauen Sie einfach mal in unser Wahlprogramm! Sie werden feststellen, dass eine Menge vernünftige Sachen darin steht.

(Beifall bei der AfD)

Es ist schön, dass jetzt Einzelne lachen. Das zeigt, dass wenigstens einer zugehört hat. Aber denken Sie daran: Zuhören allein reicht nicht!

Das gilt, meine Damen und Herren, selbstverständlich aber auch umgekehrt. Wenn Sie einen vernünftigen Antrag stellen, dann werden wir ihn unterstützen. Es ist uns dabei völlig egal, aus welcher politischen Ecke er kommt. Selbst wenn die Linken hier im Landtag säßen, würden wir sie unterstützen, wenn der Antrag vernünftig wäre.

Aber, meine Damen und Herren, man hat so gehört, dass einige von Ihnen geradezu mit Abscheu auf den Gedanken reagieren, dass sie bei einem eigenen Vorschlag von der AfD unterstützt werden könnten. Dagegen gibt es natürlich ein Patentrezept: Sie können ab sofort einfach nur noch unvernünftige Vorschläge machen, dann unterstützen wir Sie garantiert nicht.

(Beifall bei der AfD)

Genauso versprechen wir Ihnen, dass wir uns in den nächsten fünf Jahren mit Ihnen auseinandersetzen wollen - hart in der Sache, aber anständig im Umgang, so, wie es in der Demokratie sein soll.

Ich will damit beginnen, indem wir uns drei Punkte aus der gestrigen Regierungserklärung einmal anschauen. Dabei ist es nicht zu vermeiden, dass besondere Punkte aus dieser Regierungserklärung oder im Umfeld schon erwähnt worden sind. Das ist das eben das Schicksal desjenigen, der als Letzter vorträgt. Aber manchmal zeigt es ja auch

nur, dass wir alle uns über dieselben Sachen aufregen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben gestern ein rosarotes Bild unseres Landes vermittelt, in dem es keine Probleme gibt, die man nicht gemeinsam lösen könnte, man muss es nur ganz fest wollen, und die Landesregierung fördert und schützt die Gutwilligen bei dieser Aufgabe. Schauen wir uns das in einigen Punkten mal an!

Zum Thema der inneren Sicherheit kündigen Sie an, 1 500, möglicherweise sogar 3 000 neue Polizisten einzustellen - 1 500 Polizisten in einem Flächenland wie Niedersachsen, verteilt auch fünf Jahre. Diese neu eingestellten Polizisten sind zunächst einmal Anwärter und drei Jahre in der Ausbildung. Da drängt sich die Frage auf: Warum sind diese Polizisten eigentlich nicht jetzt schon auf der Straße, Herr Weil?

(Ulf Thiele [CDU]: Weil wir noch nicht regiert haben!)

Dass Hannover z. B. die Stadt mit der dritthöchsten Kriminalitätsrate in ganz Deutschland ist, wissen Sie ja auch nicht erst seit 14 Tagen. Da darf man schon mal fragen: Was haben Sie eigentlich in den letzten fünf Jahren gemacht, Herr Weil?

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Schauen wir auf die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition! Schauen wir z. B. auf VW! Sie kennen das Thema.

Herr Althusmann, frisch vereidigter Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen, verkündet noch am 8. August dieses Jahres - also mitten im Wahlkampf - in einem Interview mit dem NDR, die CDU wolle VW aus der Umklammerung durch die Politik befreien. Der Ministerpräsident - also im Falle eines CDU-Wahlsieges er selbst - soll aber auf jeden Fall dem VW-Aufsichtsrat angehören. Der zweite Sitz des Landes, den üblicherweise der Wirtschaftsminister besetzt, solle an einen von der Landesregierung benannten externen Experten gehen. Herr Althusmann erklärte, es erfordere profundes Fachwissen, um einen Weltkonzern wie VW hinreichend kontrollieren zu können. Der NDR zitiert dann Herr Althusmann wörtlich - und ich zitiere hier ebenfalls -:

„Dafür müssen wir eine parteipolitisch unabhängige Person verpflichten, die sich mit Wirtschaftsprüfung ebenso gut auskennt wie mit der Automobilbranche.“

Sie wissen es, dieser Experte ist gefunden. Den zweiten Sitz des Landes im Aufsichtsrat von VW nimmt ein? - Herr Minister Althusmann.

Mit einer solchen Flexibilität in Grundsatzfragen darf man auf die weitere Wirtschaftspolitik der Regierung gespannt sein. Wir werden das sehr aufmerksam begleiten.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir zu einem dritten Punkt aus Ihrer Regierungserklärung! Kommen wir zur Bildungspolitik! Auch die ist bereits ausreichend und umfangreich gewürdigt worden.

Sie haben erklärt, die Inklusion wollen Sie mit aller Macht vorantreiben. Wir fänden es besser, Herr Weil, wenn Sie zunächst einmal auf Eltern, Lehrer und Schüler zugehen würden, wenn Sie sich anhören würden, warum die Inklusion, so wie Sie sie angehen, nicht funktioniert, ja gar nicht funktionieren kann, und wenn Sie dann - wie gesagt - von dem Gehörten etwas umsetzen, Ihre eigene Position vielleicht sogar überdenken würden, anstatt auf dem Rücken der Beteiligten Ihre Schulexperimente vorzuführen. Bislang jedenfalls war das eine Zwangsinklusion, die das Wohl des einzelnen Kindes eben nicht im Blick hatte.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Denn die von Ihnen vorgesehene Ausstattung, gerade mit dem dafür notwendigen Personal, konnte doch nie hergestellt werden. Oft genug war ein einzelner Lehrer mit Aufgaben betraut, für die es zwei oder drei Pädagogen gebraucht hätte. Das konnte nicht gutgehen. Das war schlecht geplant und miserabel durchgeführt. Und nun sprechen Sie davon, dass Sie 1 000 neue Lehrer einstellen wollen. Aber wo Sie die herzaubern wollen, haben Sie uns nicht verraten. Der Markt ist nämlich leer, Herr Weil! Es gibt keine qualifizierten Lehrer, die Sie mal eben in großer Zahl einstellen können.

Noch am 14. September dieses Jahres schrieb die *Süddeutsche Zeitung*, dass in Deutschland 3 300 bereits bestehende Lehrerstellen nicht besetzt werden können, weil es einfach nicht genug Lehrer gibt - und dabei reden wir noch nicht einmal von den Fachkräften für die Inklusion. Heute werden Regelschullehrer bereits in Wochenendkursen inklusionsbefähigt. Aber glauben Sie im Ernst, dass jemand in Wochenendkursen das erlernen kann, wofür ein Sonderpädagoge ein eigenes Studium absolvieren muss? - Das ist keine seriöse Bildungspolitik, das ist Flickschusterei! Das ist

Schönreden und leider auch ein gerüttelt Maß an Realitätsverweigerung.

Aber was soll man auch von einer Regierung erwarten, die im Rahmen ihrer Bildungspolitik in den Grundschulen so etwas erlaubt wie - wir haben es schon gehört - „Schreiben lernen nach Gehör“? Eine Lernweise, für die so argumentiert wird: Wenn man schreiben anders lernt, wird man ja immer gleich zurechtgewiesen, wenn man Fehler macht. Und zurechtgewiesen zu werden, macht keinen Spaß, und Lernen soll ja Spaß machen. Aber mit Beginn der dritten Klasse wird dann alles rot angestrichen, was falsch ist. Ich könnte mir vorstellen, dass das keinen Spaß macht.

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass die Rechtschreibfähigkeit unserer Schüler seit Jahren kontinuierlich abnimmt, fragt sich doch jeder vernünftige Mensch: Wo ist da der Sinn?

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung betont, wie wichtig Ihnen die Bildung ist. Wir sehen das ganz genau so. Dass wir ein rohstoffarmes Land sind, ist eine Binsenweisheit. Dass für unsere Zukunft die Bildung unserer Kinder entscheidend ist, ist in diesem Haus mit Sicherheit nicht streitig. Aber wie kann es dann sein, dass sich im März dieses Jahres 130 Professoren der sogenannten MINT-Fächer mit einem Brandbrief an die Öffentlichkeit wenden und bitter beklagen, dass der Stoff des Mathematikunterrichts an unseren Schulen mittlerweile so ausgedünnt sei, dass Studienanfänger zum Teil nicht einmal mehr den Stoff der Mittelstufe beherrschen, ja nicht einmal mehr die Bruchrechnung können?

Es gibt im Bereich der Bildung wirklich viel zu tun, auch und gerade in Niedersachsen. Schade, dass für diese Probleme in Ihrem rosaroten Bild der Zukunft unseres Landes kein Platz war. Wir erwarten dennoch von Ihnen, dass Sie diese Probleme nicht ignorieren. Wir erwarten, dass Sie vernünftige Lösungen finden, ideologiefrei und nicht gegen, sondern für die Menschen. Auch hierbei werden wir Sie kritisch und sehr aufmerksam begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Wichmann. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zuruf von Anja Piel [GRÜNE])

- Doch? - Entschuldigung, das ist hier oben nicht angekommen. Aber Sie haben natürlich noch 3:15 Minuten Redezeit. Bitte schön!

Anja Piel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwas bleibt nach dieser Aussprache zur Regierungserklärung festzuhalten. Das ist nicht erst heute sichtbar geworden, sondern schon in den letzten Tagen, als wir erkennen konnten, wie schwierig es war, in der öffentlichen Vermarktung des Ministeriums für Klimaschutz den Begriff „Klimaschutz“ unterzubringen. Ich glaube, es gab drei oder vier Versionen des Namens für das Ministerium - Herr Lies übernimmt ja das Ministerium -, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt haben - von Umweltschutz bis zu dem völligen Fehlen des Wortes „Klimaschutz“. Daran ist deutlich zu erkennen, wie viel Wert auf diesem Thema liegt. Daran ist auch deutlich zu erkennen, wo wir als Grüne in den nächsten fünf Jahren einiges an Arbeit zu leisten haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich will auch Ihnen, Herr Toepffer, noch sagen: Ihre Freude über den Ausbau von Infrastruktur würde ich durchaus teilen, wenn Sie in Ihrer Rede auch den Punkt ÖPNV untergebracht hätten - da hätte ich von Ihnen mehr erwartet, weil ich weiß, dass Sie mehr können -, dass es auch darum geht, mehr Menschen von der Straße in den Nahverkehr zu bekommen, und darum, dessen Infrastruktur zu verbessern. Das sind Sie schuldig geblieben. Kein Wort zu diesen Fragen!

Aber auch kein Wort zur Luftreinheit in Hannover, wo Sie leben! Nichts dergleichen! Null, Fehlanzeige an der Stelle! Da hätte ich vom Fraktionsvorsitzenden mehr erwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Frage der inneren Sicherheit angeht, muss ich sagen, dass es dazu einen bemerkenswert schnellen Prozess gab. Wie oft haben wir hier von Herrn Nacke gehört, dass Boris Pistorius *das* Sicherheitsrisiko für Niedersachsen sei - und dann hat man sich nach 14 Tagen dafür entschieden, dass man mit diesem Sicherheitsrisiko weiterleben kann! Meine Freude ist an der Stelle groß, weil ich glaube, dass wir viereinhalb Jahre lang an dieser Stelle einen Minister gehabt haben, der das Land sehr wohl zu Sicherheit geführt hat. Ich bin sehr, sehr froh, dass er auch weiterhin an diesem Platz über die Sicherheit im Land wacht.

Allerdings muss ich Ihnen ehrlich sagen: Wenn Sie genau hingehört haben, wann Sie Ihren Applaus für all die Verschärfungen, die Sie gesetzt haben, bekommen haben, dann ist das aus meiner Sicht eine bedenkliche Frage. Die andere zu beantwortende Frage - ich weiß sehr wohl, dass Sie so einige Monate damit zu tun haben werden - ist, wie weit all die Maßnahmen, die Sie zusammengeschrieben haben, rechtssicher und rechtsfest sind. Man kann so etwas im Verfahren ausprobieren. Aber wir haben zu rot-grünen Zeiten eigentlich immer auf Rechtssicherheit gesetzt. Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie in diesem Vertrag zur Großen Koalition davon abweichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Piel. - Zumindest schriftliche Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor - andere auch nicht. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 14:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD - Drs. 18/9

Meine Damen und Herren, nach Artikel 11 der Niedersächsischen Verfassung ist die Wahlprüfung Aufgabe des Landtages. Gemäß § 4 des Wahlprüfungsgesetzes wird die Entscheidung des Landtages durch den Wahlprüfungsausschuss vorbereitet. Nach § 14 unserer Geschäftsordnung hat der Wahlprüfungsausschuss nach der gestrigen Änderung 15 Mitglieder und 15 stellvertretende Mitglieder. Er wird vom Landtag aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode gewählt.

Ihnen liegt der Wahlvorschlag aller fünf Fraktionen in der Drucksache 18/9 vor.

Ich frage zunächst, ob die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - wie in der Vergangenheit üblich - ohne allgemeine Aussprache gewählt werden sollen. - Ich sehe Zustimmung dafür im Hause.

Meine Damen und Herren, nach § 86 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung wird mit Stimmzetteln gewählt. Wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht, kann durch Handzeichen gewählt werden. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Wir kommen also zur Wahl mit Handzeichen. Wer dem gemeinsamen Wahlvorschlag aller Fraktionen des Hauses in der Drucksache 18/9 zustimmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war einstimmig, meine Damen und Herren.

Ich komme zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, nämlich 3. Tagungsabschnitt ist für Mittwoch und Donnerstag, den 13. und 14. Dezember 2017, vorgesehen. Die Präsidentin wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Im Anschluss an die heutige Sitzung, meine Damen und Herren, konstituieren sich die Fachausschüsse. Die Einladungen dazu haben Sie als Schnellbrief gestern elektronisch bekommen und heute in Papierform erhalten. Die Sitzungen finden in den Räumen 234, 235 und 236 hier im Hause in der ersten Etage des Hauptgebäudes statt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen nach den konstituierenden Sitzungen einen guten Heimweg.

Danke schön.

Schluss der Sitzung: 10.52 Uhr.